

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

144 (25.6.1920)

Seite 8.
110.00
195.00
175.00
6.90
4170

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einsch. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 8.00 M.; durch die Post bezogen 8.80 M., ohne Abhol- u. Postgebühren, monatlich. Einzelnummer 20 J. Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 7/8—1/2 und 2—1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.—M. Die 2spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Noch keine Ministerliste. — Erste Sitzung des neuen Reichstags. — Weitere Steuerungsunruhen.

Noch keine Ministerliste.

23. Berlin, 24. Juni. (Drahtmeldung.) Es kann als feststehend angenommen werden, daß das Kabinett Lehrenbach auf der Grundlage einer bürgerlichen Mitte zustande kommt. Die endgültige Ministerliste steht noch nicht fest.

Während die „Vossische Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ die Kabinettsbildung als abgeschlossen ansehen, sagt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß die Bemühungen der Parteien, die Bildung des Kabinetts beschleunigt zustande zu bringen, bisher noch zu keinem positiven Ergebnis geführt hätten. Die verschiedentlich genannten Namen der in Betracht kommenden Personen trafen noch nicht zu. Es heißt, daß der der Deutschen Volkspartei angehörende Oberbürgermeister Scholz-Charlottenburg noch nicht als endgültiger Kandidat für das Reichswirtschaftsministerium bezeichnet werden könne. Ebenso werde es bezweifelt, daß Landrat A. D. Kraumer von der Deutschen Volkspartei, der als Reichsfinanzminister genannt werde, diesen Posten erhalten. Fest zu stehen scheint bisher nur, daß die demokratischen Minister Koch und Geiler in ihren Ämtern verbleiben und daß der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Lunge, Justizminister und zugleich Schatzkanzler wird. Alles übrige sei noch im Fluss und bisher in keiner Weise entschieden.

Neue Steuerungsunruhen.

Bremen, 24. Juni. Aus Bremen wird gemeldet: Wie in anderen Städten, hat sich die Unzufriedenheit über die hohen Lebensmittelpreise heute morgen mit der Entladung auf dem Markt vor der Höhe der Verkaufspreise um und trat Eier und Gemüse unter die Preise, obwohl die Preise infolge der andringenden Masse reich bedeutend herabgesetzt wurden. Auch gegen die Lebensmittelgeschäfte erging die Menge vor. Die Polizei bewachte gegenüber den Unruhen die größte Zurückhaltung, so daß die Zwangsverkäufe zu den von der Bevölkerung selbst festgesetzten Preisen ohne Störung der sich erg. Leichter wurden die Unruhen in der inneren Stadt. Mit der Ausdehnung der Aktion erschienen Schulkinder und Gewerkschaftspolizisten, die schwermere Ausfertigungen verweigerten. Die Unruhen dauern an. Für den Abend befürchtet man eine weitere Ausdehnung.

Bremen, 24. Juni. Die Menge plünderte eine ganze Anzahl von Lebensmitteläden in den Hauptstraßen und führte dann auch verschiedene Schuhwarengeschäfte. Die Führer der Menge verließen die Waren zu herabgesetzten Preisen z. B. Äpfeln zu 50 Pf. das Pfund; ebenso wurden Schuhe, die mit 250 bis 300 M. ausgesetzt waren, für 30 M. bis 40 M. verkauft. Die größeren Warenhäuser wurden durch die Sicherheitspolizei vor der Enttarnung durch die Menge geschützt. Im übrigen verhielt sich die Polizei sehr zurückhaltend, was darauf zurückzuführen ist, daß die Empörung über den Wucher, besonders der Bauern und Lebensmittelhändler, allgemein und sehr groß ist.

Bremen, 24. Juni. Die Lebensmittelunruhen beschränkten sich über Mittag sehr, so daß die Polizei einige besonders lebhafte Landstraßen für den allgemeinen Verkehr sperrte. Den Schuhwarenläden und großen Warenhäusern wurde polizeilicher Schutz zu Teil. Es kamen Diebstähle vor. Im allgemeinen verliefen die Lebensmittelkrisen ohne schwere Folgen für die Allgemeinheit, doch haben die betreffenden Händler und Ladengeschäfte großen Schaden erlitten.

Ein Sturm auf Kirchen setzte auf dem letzten Wochenmarkt zu Worms ein.

Die Händler, die die Kirchen zum Preis von 2.50 bis 2.80 M. verkauften, waren gegenüber der Erregung, die sich der Käufer hierüber bemächtigte, machtlos. Selbst die Schutzmannschaft konnte nicht verhindern, daß die Waren aufgeschrien und umgeworfen wurden und die Marktbefucher sich ihre Leiden schülten. Mit lautem Geschrei setzte der Sturm auf die Kirchen nach und nach an den einzelnen Verkaufsplätzen ein. Am dem Vorübergehenden erbitterten Menge Einhalt zu tun, nahmen schließlich Schulkinder den Verlauf der Kirchen vor und zwar zum Preise von 1 M. für das Pfund.

Die Entwaffnungsfrage. — Zwei neue Noten der Entente.

23. Berlin, 24. Juni. Bei der deutschen Regierung sind zur Entwaffnungsfrage zwei Noten eingegangen, eine vom Präsidenten der Friedenskonferenz, eine andere vom Obersten Rat. Die Note des Obersten Rates ist eine Ergänzung der Note des Präsidenten der Friedenskonferenz. Die Forderungen der Note des Obersten Rates sind mit dem, was die französische Regierung während der letzten Zeit hierüber bereits zum Ausdruck gebracht hat. Es wird grundsätzlich die Herabsetzung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann gefordert. Zugleich wird eine total organisierte Polizei.

Ein neues französisches Gewalt-Urteil.

Das französische Kriegsgericht gegen die pfälzischen Arbeiterführer.

23. Landau i. Pfalz, 24. Juni. (Drahtmeldung.) Das Kriegsgericht in Landau verurteilte die Redner der Protestversammlung vom Dienstag, den 15. ds. Mts., in Ludwigshafen z. Th. Baum zu sechs Monaten und 10 000 M., Fischer zu neun Monaten und 10 000 M. und Kaufert zu acht Tagen Gefängnis und 2000 M. Geldstrafe. Vielleicht öffnet dieses barbarische Urteil, das gewiß nicht wegen alldeutscher Propaganda und Korruption ausgesprochen wurde, manchen Reuten, die nicht sehen wollen, die Augen.

23. Mainz, 24. Juni. (Drahtmeldung.) Wie die hiesige Volkszeitung meldet, wurde der verhaftete Arbeitersekretär Karl Grätzner nach Bestellung einer Kaution aus der Haft entlassen.

Die englische Arbeiterpartei gegen die Friedensbedingungen.

23. Amsterdam, 23. Juni. Die Jahresversammlung der englischen Arbeiterpartei in Scarborough nahm eine Entschlieung an, die besagt, die Friedensbedingungen ständen mit den Kriegszielen in Widerspruch. Ferner wird in der Entschlieung die Anerkennung der gegenwärtigen russischen Regierung, die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit Rußland und das Unterlassen jeglicher Hilfe an die antibolschewistischen Mächte verlangt. Des weiteren wird der Weisheit Schreden in Ungarn scharf beurteilt und erklärt, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung Mitteleuropas für den Frieden und die Ruhe der Welt notwendig sei. Endlich wurde beschloßen, Lloyd George zu erlösen, eine Abordnung der Parteileitung und des parlamentarischen Ausschusses der Gewerkschaften zu empfangen, um die oben erwähnten Punkte zu besprechen.

Beräthelung der Verkehrs- und Eisenbahnerverbände.

23. Augsburg, 24. Juni. Die in der Zeit vom 19. bis 23. Juni in Augsburg abgehaltene Generalversammlung des Verbandes des deutschen Verkehrspersonals beschloß einstimmig die Verschmelzung mit dem Eisenbahnerverband. Dieser hat eine Mitgliederzahl von 400 000. Der Verband des Deutschen Verkehrspersonals (früher süddeutscher Eisenbahnerverband) zählt über 100 000 Mitglieder. Mit der Verschmelzung der beiden Verkehrsverbände würde die härteste Eisenbahnerorganisation der Welt geschaffen. Die Vertreter des Verkehrspersonals, das im Verband des Deutschen Verkehrspersonals stark organisiert ist, erklärte, daß das Verkehrspersonal unter allen Umständen in dem beschloß die Verschmelzung neu geschaffenen Hauptverbande verbleiben werde.

Die Einigung zwischen Krankenkassen und Ärzten.

Berlin, 24. Juni. Ueber die Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen wird mitgeteilt: Bei den Verhandlungen am 31. Mai und 1. Juni waren Vereinbarungen über freie Arztwahl getroffen und ein Schiedsspruch über die Höhe des Honorars gefällt worden. Bezüglich des Honorars kam es zu sehr schwierigen Verhandlungen, die mehrfach ergebnislos schienen, indessen durch die Geschicklichkeit der Unparteilichen in Fluß gehalten wurden, so daß es auch schließlich zu einer endgültigen Vereinbarung kam. Die Organisationen der Ärzte und der Krankenkassen werden auf die einzelnen örtlichen Ärztevereinigungen anerkennen, worauf dann der Termin bestimmt wird, an dem der vertragliche Zustand aufhören soll. Nachdem unter den großen Organisationen ein Einvernehmen erzielt worden ist, werden an den einzelnen Orten die Verhandlungen auf der Grundlage der Vereinbarungen zu beginnen haben, und es ist zu erwarten, daß es bei den schon bis zu einem weiten Ende gediehenen Verhandlungen zwischen den Berliner Ärzten und Berliner Krankenkassen zu einem guten Ergebnis kommt.

Auf Grund dieser Abmachungen finden, wie von anderer Seite mitgeteilt wird, am morgigen Samstag in Karlsruhe Verhandlungen zwischen der badischen Ärztevereinigung und der Vereinigung badischer Krankenkassen statt, bei denen ein Abschluß in diesem Sinne getätigt werden soll.

Verbesserung der Kohlenversorgung Süddeutschlands. — 2 Ueberstunden.

23. Mannheim, 24. Juni. Amlich wird gemeldet: Unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten Dr. Wobensiein vom Reichsarbeitsministerium und unter Teilnahme von Vertretern des Reichsarbeitsministeriums und des badischen Arbeitsministeriums fand eine Versammlung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der Rheinischpfälzischen Industrie und der Verbesserung der Kohlenversorgung Süddeutschlands durch Hebung der Transporte auf dem Wasserwege ermöglicht zu können. Nach längerer Aussprache wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Arbeitnehmer der Rheinischpfälzischen Industrie verpflichten sich, während der Beförderung von Kohlen auf dem Rheine täglich 2 Stunden Ueberarbeit zu leisten. Außer dem tariflich festgesetzten Entschädigung erhalten sie dafür gleich den Arbeitern in den Ruhrbergwerken als Sondervergütung wöchentlich 4 Pfund Fett zu ermäßigten Preisen, deren Verteilung einer sofort zusammentretenden paritätisch zusammengesetzten Kommission übertragen werden soll. Die Abmachungen sollen für alle Mitglieder der vertragschließenden Verbände bindend sein, soweit bei den Arbeiten Ueberstunden notwendig sind. Das Uebereinkommen bedarf nur noch der formellen Zustimmung der beiderseitigen Verbandssammlungen.

Stillelegung des Wasserwerks in Offen.

23. Offen, 24. Juni. (Drahtmeldung.) Die streikenden Arbeiter haben das Wasserwerk stillgelegt. Die ganze Stadt, auch die Krankenanstalten, sind ohne Wasser. Mehrere industrielle Werke mußten den Betrieb einstellen.

Weitere revolutionäre Unruhen in Mailand.

Lugano, 24. Juni. Gestern kam es in Mailand abermals zu revolutionären Unruhen, wobei eine große Anzahl Laster und Verbrenner besetzt wurde. Ein Kabinettminister wurde von der wütenden Menge erschlagen, nachdem er in Notwehr einen Anarchisten erschossen hatte. Auch aus norditalienischen lombardischen Bezirken kommen beunruhigende Nachrichten. In mehreren Stellen wurde der Generalfeld für alle Stadt- und Landarbeit erklärt.

Der Kampf um die Zwangswirtschaft.

Von A. Weismann, Mitglied des badischen Landtages.

Die neugliebige Kommission des badischen Landtages, die die Frage der völligen Aufhebung der Zwangswirtschaft beraten soll, hat sich am vorigen Freitag konstituiert; sie ist am heutigen Mittwoch an ihre Arbeit gegangen. Ihre Einsetzung erweckt bei den Gegnern der Aufhebung der Zwangswirtschaft — und ihrer sind nicht wenige — große Hoffnungen, bei den Anhängern im gewissen Sinne erhebliche Befürchtungen. Zu welchen Entschlüssen sie gelangen wird, läßt sich nicht einmal unsicher voraussagen. Denn sie wird die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigen müssen. Diese sind zurzeit so gelagert, daß weder die Zwangswirtschaft im bisherigen Umfang aufrecht erhalten, noch aber sie völlig beseitigt werden kann.

Nimmt man zu der Angelegenheit öffentlich überhaupt das Wort, dann kann man sich nur als Person äußern, keinesfalls als Angehöriger einer politischen Partei. Denn auch in der Sozialdemokratie sitzen zahlreiche Befürworter der Aufhebung der Zwangswirtschaft, weil sie — soweit sie vor allem in den Städten wohnen und Verbraucher sind — die stille Hoffnung hegen, „dann wird es besser werden“, dann finden Lebensmittel in größeren Quantitäten wie bisher zur Verfügung. Daß die Demokraten und das Zentrum, sowie die Deutschnationalen ohne weiteres und mit viel Eifer sich gegen das Weiterbestehen der Zwangswirtschaft wenden, ist bei der Zusammensetzung ihrer Anhängerschaft selbstverständlich. Der Landwirt, der Bauer, der Selbstverwalter, für den die nun einmal eine Hesse ist, der er sich schon längst entledigen möchte, wird innerhalb der Partei, welcher er angehört, recht energisch auf seine parlamentarischen Vertreter einwirken, um sie zur Stellung entsprechender Anträge zu bewegen. Und es muß zugegeben werden, daß er in dieser Beziehung viel zäher und erfolgreicher seine Interessen wahrte, wie der lässige Verbraucher in den Städten, der einfach die Regierung, den Landtag und die Kommunalverbände für ihr Sorgen trug und höchstens nach Rücksicht auf eine der drei genannten Parteien schimpfte, wenn die herbeigeschaffenen Nahrungsmittel knapp oder das zur Verteilung gelangende Brot gar zu schlecht war. (Ich habe schon vor Monaten in einem besonderen Artikel „Mehr Interesse für die Verheißung der Zwangswirtschaft“, auf diese Schamhaftigkeit der städtischen Bevölkerung und der auf dem Lande wohnenden Mittelklasse hingewiesen.)

Es könnte nun füglich machen, daß die Befürworter der Aufhebung der Zwangswirtschaft immer zahlreicher werden und daß vor kurzem sogar auf dem 17. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, welcher in Harzburg tagte, gegen wenige Stimmen eine Entschlieung angenommen wurde, in der die Aufhebung der Zwangswirtschaft „im Interesse der Verbraucher“ gefordert wurde. Im Zentralverband deutscher Konsumvereine sind viele Tausende städtischer Einwohner genossenschaftlich organisiert und er ist daher eine Körperschaft, die etwas von diesen Dingen versteht, denn er ist die größte Verbraucherorganisation und er hat auch in der Zeit der Zwangsbevirtschaftung alles versucht, um die Ernährungsnotwendigkeiten seiner Mitglieder zu beheben. Allein die Konsumvereine sind auch handelsbetreibende Gesellschaften und inwiefern fühlen sie den freien Handel auferlegten Zwang als lästig und haben von ihm so reich wie möglich loszukommen. Würden sie aber z. B. ohne die Zwangswirtschaft für Getreide ihre zahlreichen Mitglieder stets mit Brot versorgen können? Ich glaube schwerlich.

Bestwegen ließ auch Ende voriger Woche das Reichswirtschaftsministerium eine alarmierende Note der „Vossischen Zeitung“ am 1. Oktober d. J. erfolge allgemeiner Abbau der Zwangswirtschaft“ sehr energisch dementieren; es erklärte, „daß für die wichtigsten Lebensmittel in der nächsten Zukunft an eine Freigabe nicht gedacht werden kann“. Schließlich geht auch hier Reichsrecht vor Landesrecht, und wenn die eingangs erwähnte Landtagskommission wirklich den Beschluß fähe, „daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Baden“ wäre damit noch immer nicht das letzte Wort gesprochen. Denn es ist nicht zu übersehen, wie haben allein, das doch wirklich kein Ueberflusland ist, seinen Bedarf an Getreide, Milch, Fett, Fleisch usw. aus den Inlandsvorräten decken würde.

Was preisgegeben ist, wäre die Zwangsbevirtschaftung des Fleisches. Hier scheint der Staat am Ende seiner Einwirkungslosigkeit zu sein. Die vielen Schwarzschlachtereien und andere Umstände haben den Verbrauchern mit eigener Handhaltung das Fleisch entzogen, und wenn von dieser Seite der Aufkommen: Fort mit der Jaugabe wirtschaftung für Fleisch, wir erhalten doch keines!“, so findet man diese Forderung begründlich. Wie täuschen uns vielleicht nur darin, daß wir glauben, wir erhalten vor dem Herbst ein erhöhtes Angebot von Schlachtwild. Zu dieser Annahme liegt keine begründete Veranlassung vor. Denn Geldbedarf ist auf dem Lande heute nicht mehr vorhanden und die gute Füllereute dieses Jahr und das reichliche Grünfutter zwingen den Landwirt sicher auch nicht zu Massenabschlachtungen. Er wird im Gegenteil jetzt erst einmal sein Vieh, welches er früher an den Kommunalverband abliefern mußte, tüchtig heranfüttern und es dann im Herbst verkaufen. Von diesem Zeitpunkt ab dürfte sich in den Städten die Fleischversorgung bessern; im nächsten Vierteljahr wird die Fleischnot zweifellos bestehen bleiben.

Ob man Oele und andere der Zwangswirtschaft noch unterstehende Bedarfsgegenstände freiläßt, wird gleichfalls zu unteruchen sein. Wogegen man sich aber nach meiner Auffassung mit aller Stärke zu wenden hat, das ist die völlige Freigabe der Zwangsbevirtschaftung für Milch, Mehl, Salz? Die Gefahren, die wir bei der Freigabe dieses wichtigen Lebensmittels an den freien Handel heraufbeschwören, wären zu groß, das Risiko zu tief einschneidend in die Ernährungsverhältnisse der Säuglinge, der Kinder und der Kranken. Nicht diese würden alsdann das ihnen zurzeit zustehende und notwendige Quantum Milch erhalten, sondern die sogenannten zahlungsfähigen Kreise unseres Volkes, die in der Lage sind, jeden dem Bauern für eine Milch angebotenen Literpreis unter allen Umständen noch überbieten zu können, die Zeit und Weile haben, die Milch direkt vom Stalle wegzuholen. Es ist ersichtlich, mit

F
ubheim
nt, sein
= Fests
ettspiel.
nd freunde
orkstand.
itbank
tion.
en Mitgli-
ds 8 Uhr,
kheimanal,
ammlung
s Erfolgein
Juni 1920.
er die Prü-
nigung der
aufstellung der
rtellung des
welder die
näh § 93 des
rt.
Her.
ut
elour
sonnieren
4111
ster Zeit.
nn
str. 99
aller Art
Gegen-
stände.
örpern
tüller
abe 32
Schützenstr.
indlichkeit
4124
zu den
eisen.
ger
aufträge.

welcher Reichfertigkeit die Befürworter der gänglichen Aufhebung der Zwangswirtschaft über diesen künftigen Punkt unserer Ernährungsfrage hinweggehen. Wie glaubt man denn die für die Kinder und Kranken benötigte Menge von Milch aufbringen zu können? Es ist doch die bekannte Klage aller Städte, daß sie unter ständigem Mangel leiden. Wir brauchen in Baden im Durchschnitt täglich 220 000 Liter Milch; nach den Angaben der badischen Lebensmittelämter erhalten wir aber kaum oft 120 000 Liter pro Tag. Schon jetzt haben wir also vor einem täglichen Defizit von 100 000 Liter Milch. Und diesem haben wir es ja auch zu verdanken, daß wir in den nächsten Wochen etwa 12 000 Mannheimer und Karlsruher Kinder zum Sterben auf dem Heuberg schicken müssen, weil der leidige Milchmangel ihre Gesundheit und ihr Wachstum in hohem Maße beeinträchtigt. Wie hoch soll bei freier Bewirtschaftung der Milchpreis steigen? Da, wie schon bemerkt, der Landwirt gegenwärtig nicht mehr dem finanziellen Zwange unterliegt, seine Milch verkaufen zu müssen, besteht auch die weitere Gefahr, daß er sie den Schweinen füttert und sie zu sonstigen Haushaltszwecken verwendet. Aber will ihn daran hindern? Auf den guten Willen einzelner Landgemeinden und bisherriger Milchlieferanten darf man es in diesem Falle nicht ankommen lassen. Wir wissen alle, daß gerade der Milchmangel in den Städten den zur Ernährung der Bevölkerung berufenen Instanzen die größten Sorgen bereitet; erst in diesen Tagen erhielt, um nur ein Beispiel herauszugreifen, die städtische Reizekommission in Frankfurt a. M. die dringliche Anweisung, von den dringlichen Erzeugern um Lieferung von Milch an Kinder und Kranke, nur die allerdringlichsten zu beauftragen. Diese sicherlich notwendige Anordnung einer großen Stadt Süddeutschlands, die ebenfals von jeder badischen Stadt getroffen sein könnte, spricht meines Erachtens Bände.

Nun gibt es auch auf diesem Gebiete kluge Berater, die uns sagen, man könne doch Milch und Milchfleisch aus dem Auslande einführen. Erstens ist Milchfleisch kein vollwertiger Ersatz für die deutsche Kuhmilch und zweitens verbietet unsere Verfassung auch jetzt noch die Einfuhr fremder Milch aus den Nachbarländern Deutschlands. Einige oberbayerische Städte haben doch vor Jahresfrist die Probe aufs Exempel gemacht und Schweizer Milch in größeren Quantitäten über die Grenze gebracht. Die Freude über die Ergänzung des heimischen Milchbedarfs dauerte nicht lange. Die betreffenden Städte gerieten nach ganz kurzer Zeit so tief in die Schuldenfalle, daß sie schließlich aufgeben mußten, sollten nicht die badischen Finanzen darüber zum Zusammenbruch kommen. Diese Schuldenfallen sind auch heute noch nicht bebunden, und ich glaube nicht, daß die darunter leidenden Städte ein zweitesmal das Experiment machen. Von welcher Seite man also die Milchfrage betrachtet, sie bedarf meines Erachtens noch auf einige Zeit hinaus der Zwangswirtschaft. Wer will die Verantwortung für den dringenden Milchbedarf der Städte übernehmen? Mit der bequem und oft angewandten Redensart: Es wird schon gehen! ist es nicht getan.

Und „unser tägliches Brot“? Können wir es in Baden selbst erbauen? Mit nichten. Leider betümmern sich viele Acker im Streite um die Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht um die Frage, ob das Land Baden seinen Getreidebedarf selbst zu erbauen vermag. Da steht es viel schärmer aus, als es sich manche denken. Baden ist eben kein Agrarstaat, ist hinsichtlich seines Getreidebedarfes gegenüber Bayern und Württemberg stark im Rückstand, Zahlen beweisen! Von 68 badischen Kommunalverbänden vermochten in den letzten Wochen ihren Getreide- bzw. Brotbedarf nur 17 zu decken, volle 51 mußten mit Getreide und Mehl aus dem Westen und Osten Deutschlands beliefert werden. Das Reich hat von uns in der Ernährungsperiode 1918/19 an Mehl ausbezahlt erhalten 292 775 Doppelzentner Mehl, wir haben von ihm aber empfangen 1 861 801 Doppelzentner. Noch ungenügender für Baden schließt das Ernährungsjahr 1919/20 ab. Wir überwiegen dem Reiche 134 127 Doppelzentner, benötigen aber von ihm, um nur den dringlichsten Anforderungen badischer Kommunalverbände gerecht werden zu können 785 285 Doppelzentner. Glaubt man etwa bei Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung auch für Brotgetreide es würde uns leicht sein, dieses Getreidemehl von irgendwoher zu holen? Darüber müssen wir uns doch im klaren sein, daß sogar die Getreideverschiebungen ins Ausland — von Baden aus in die nahe Schweiz — noch mit in Kauf genommen werden müßten. Nach dem Brotbedarf der Inlandbevölkerung würden geringere Getreidehöfe gewiss nicht fragen. Wiltun bleibt wohl auch für Brotgetreide für mindestens noch ein Jahr kein anderer Ausweg, als der der Zwangswirtschaft übrig. Ist erst die Weltkarte eingebracht (sic steht im allgemeinen nicht so günstig, wie die Karte in Deutschland), dann läßt sich auch hier über die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung reden. Korrekt unter seinen Umständen.

Wie sich die Kartoffelbewirtschaftung gestaltet, scheint vorläufig unbestimmt zu sein. Ob der Absatz von

Getreide mit den Lieferungsverbänden zum Ziele führt, wird abgewartet werden. Auch da die Feststellung, daß Baden hartes Einfuhrland ist. Unser Kartoffelmarkt beträgt jährlich durchschnittlich 1 1/2 Millionen Zentner. Wir müssen mithin rund 9000 Waggons Kartoffeln aus außerbadischen Ländern holen. Uebrigens hat es den Anschein, daß beim Fallenlassen der Zwangsbewirtschaftung die Landwirte keineswegs, wie bereits im März vereinbart, 2 Mk. für den Zentner Kartoffel erhalten. Ob sie unter diesen Umständen sich für die freie Wirtschaft besonders begeistern, scheint fraglich.

Von welcher Seite man also die Frage der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung ansieht, man kann seine Bedenken — natürlich nur vom Standpunkte des Verbrauchers aus — nicht unterdrücken. Es ist doch wohl nicht so, wie vor kurzem der württembergische Landtagsabgeordnete Kapp vor den Beamten der württembergischen Landesverorgungsstelle erklärte:

„Ich weiß wohl: in dem Maße der Aufhebung der Zwangswirtschaft werden in den Städten noch einige tagelange Leuten verhungern, nachher werden die Verhältnisse besser.“

„Ich bin es dürfte zutreffend sein, daß beim Fortbestand der Zwangswirtschaft denen, die das Geld nicht haben, wenigstens ein Minimum an Lebensmitteln garantiert ist bei Aufhebung aber die Gefahr besteht, daß jene, welche an Geldmangel leiden, nichts bekommen, weil die Verkäufer und Vertriebsstellen bereits alles aufgebraucht haben. Eine wilde Preisjagd nach Lebensmitteln beginnt und die Lärchen und Kravatten, wie sie sich in den letzten Tagen erst wieder in Osnabrück, Frankfurt a. M. und anderen, werden künftige Entscheidungen sein. Dies führt natürlich auch zu schweren politischen Erschütterungen für den Staat.“

Das ist das Problem der Aufhebung der Zwangswirtschaft. Alle anderen Einwände sind diesem Umstande gegenüber nur nebensächlicher Natur.

Politische Uebersicht.

II. S. P.-Strohjener.

Der Anfall der Reichstagswahlen am 6. Juni gab den Zeitungen der Unabhängigen Veranlassung, die Siegesparaden zu feiern. Politisch denkende konnten sie aber damit nicht außer Acht lassen. Ihnen war klar, daß es für die Unabhängigen ein Pyrrhusieg war. Unmittelbar nach der Wahl (siehe „Volkstrend“ vom 7. Juni) schrieben wir:

„Winnen kurzem werden Millionen deutscher Proletarier das ungeliebte und Freiheits der Unabhängigen verlieren, wenn sie erst die Wirkungen des Gesamttrugdanks der sozialistischen Stimmen zu spüren bekommen. Und wenn gar, was momentan noch nicht zu übersehen ist, neben der Ausschließlichkeit einer sozialistischen Mehrheit, auch noch die Bildung einer Mehrheit der bisherigen Koalition unmöglich werden sollte, ist der 6. Juni zum schwarzen Tag für das deutsche Volk im allgemeinen, für die Arbeiterklasse im besonderen geworden.“

Wir waren sofort der Ueberzeugung, daß die Ernüchterung bald kommen muß. Und in der Tat, Ihre Vorboten sind bereits eingetroffen. Im letzten Sonntag, also in nur 14 Tage nach der Reichstagswahl war Wahltag in Groß-Berlin und in Thüringen. Aus den Ergebnissen ist zu ersehen, daß die II. S. P. einen außerordentlich großen Rückgang an Stimmen zu verzeichnen hat. Eine Partei die nur negative Politik macht, die kein Verständnis für die Wirklichkeit besitzt, muß begreiflicherweise die Wählermassen abstoßen.

In Thüringen, einem Gebiete, wo die II. S. P. bei den letzten Reichstagswahlen außerordentlich große Erfolge hatte, ist sie im Niedergang und unsere Partei hat dort große Fortschritte gemacht. So hat die II. S. P. in Alenburg die Hälfte der bei der Reichstagswahl auf sie entfallenen Stimmen verloren. Unsere Partei nahm gegenüber der Reichstagswahl um 9 Prozent zu. Auch die Demokraten und die Deutschnationalen haben empfindliche Verluste zu verzeichnen. Allein unsere Partei hat Erfolg zu verzeichnen. So auch in Jena, über dessen Wahlergebnis wir bereits berichtet konnten. In Rudolstadt stieg die Zahl unserer Stimmen um 170, die der II. S. P. ging um 300 zurück. In Gotha, einer Hochburg der II. S. P., haben wir freilich 1400 Stimmen verloren. Der Verlust der II. S. P. aber war bedeutend höher, sie verlor in Gotha allein 16 000 Stimmen. In Jüterbog gewann unsere Partei 125 Stimmen, die II. S. P. verlor 422.

In Weiningen gewannen wir 187 Stimmen, die II. S. P. verlor 553. In einer großen Anzahl von thüringischen Städten sind die Verluste der II. S. P. und der Stimmenzunahme unserer Partei ähnlich.

Bei den Wahlen in Berlin ergab sich ein Rückgang der Stimmenzahl bei allen Parteien. Die II. S. P., die in ihrer Presse über einen großen Wahlsieg schrieb, sollte doch nicht vergessen, daß sie nur soviel Stimmen aufgebracht hat, als Zentrum und Demokraten zusammenbrachten. Wenn man etwa 80 000 Stimmen in 14 Tagen verloren hat, so ist das kein Beweis für die Disziplin der Wählerchaft der II. S. P., es ist auch kein Beweis für die Zugkraft, die die II. S. P. auf die nicht politisch organisierte Masse ausübt.

Also, nur kaltes Blut und fest bei der Stange geblieben, rufen wir unseren Anhängern zu. Auch den II. S. P.-Spit wird die Partei überwinden, wie sie schon vieles überwunden hat.

Wachsende Fehlbeträge bei Post und Eisenbahn.

In der letzten öffentlichen Sitzung des Reichsrates unter dem Vorsitz des Finanzministers Dr. Wirth wurde der Notetat, der sofort dem neuen Reichstag vorgelegt werden soll, angenommen. Die Ausschüsse des Reichsrates haben, wie der „Frankf. Ztg.“ aus Berlin berichtet wird, an der Regierungsvorlage nur wenige Änderungen vorgenommen. Der Notetat erhält u. a. eine beträchtliche Stellenüberhöhung bei den Verkehrsbeamten der früheren Eisenbahnstaaten, deren Eisenbahnen nunmehr auf das Reich übergegangen sind, ebenso auch bei der Post. Der Reichsminister wies darauf hin, daß der Fehlbetrag für die Reichspost und die Eisenbahnen in Höhe von 61 Milliarden im Notetat für das Halbjahr bis Oktober festgesetzt sei und daß der Hoffnung Ausdruck, daß es doch allmählich gelinge, über dieses Schreden erregende Defizit hinweg zu kommen. Finanzminister Dr. Wirth unterrichtete diese Ausführungen. Ingesamt würden wir allein im ordentlichen Budget der Reichseisenbahnen einen Fehlbetrag von 15 Milliarden haben und dazu komme noch der Fehlbetrag der Post. Er benutzte die Gelegenheit, um dem Reichsrat zu sagen, daß wir vor einem weiteren beträchtlichen Anwachsen der Fehlbeträge ständen, die durch die neuen Besoldungsordnungen der Länder verursacht seien. Die Beamten der Länder, die in den Reichsdienst übernommen würden, verlangen, daß sie in Zukunft nicht nach der Reichsbesoldungsordnung ihr Gehalt empfangen, sondern so, als wenn sie noch in den Ländern geblieben wären. Damit, so sagte der Finanzminister, stehen wir vor der betrübenden Tatsache, daß die Reichsbesoldungsordnung, noch ehe sie wirksam werden sollte, aufgehoben worden ist durch die weitergehenden Besoldungsordnungen der Länder. Sie wissen, welche politischen Folgen das in Bayern ausgelöst hat, wo die Beamten am 30. Juni bei der Eisenbahn und Post eine Irraktion vorgenommen wollten, ob sie auf das Reich übergehen wollten oder nicht. Es kommen ganz exorbitante Mehrforderungen heraus, wenn wir die Reichsbesoldungsordnung umbauen müssen nach dem, was die Länder getan haben. Außerdem stehen wir vor dem Beschlusse eines Lohnanwachs für die Reichseisenbahn, wobei es sich um gemaßigte Forderungen der Organisationskommission handelt. Das Defizit wird sich durch diese neuen Forderungen noch erhöhen. Es wird Sache des neuen Reichskabinetts sein, dazu Stellung zu nehmen.

Die kommunistischen Reichstagsabgeordneten: Klara Zetkin und Paul Levie.

Die Kommunisten haben bekanntlich mit zwei Reichstagskandidaten durchgedrungen: in Chemnitz den Genossen Selzer und durch Vertretung der Reichstimmungen auf die Reichswahlliste die Genossin Klara Zetkin. Die Zentralleitung der Partei hat nun, wie aus der kommunistischen Presse hervorgeht, eine kleine Schiebung vorgenommen: Sedert ist zur Niederlegung seines Mandats bereit, so daß an seine Stelle Klara Zetkin rückt, die auf der Chemnitzer Liste an zweiter Stelle stand. Dies alles ist festzustellen, so daß an seine Stelle Klara Zetkin rückt, die auf der Chemnitzer Liste an zweiter Stelle stand. Dies alles ist festzustellen, so daß an seine Stelle Klara Zetkin rückt, die auf der Chemnitzer Liste an zweiter Stelle stand.

Die standrechtlichen Erschießungen in Grandenz.

Die „Freiheit“ erhält aus Grandenz eine Bestätigung der schon durch die „F. F. N.“ gemeldeten standrechtlichen Erschießung von 17 sozialistischen Arbeitern durch die Polen. Ein weiterer Arbeiter ist nach Barschau gebracht worden und dort zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. — Die Sache hatte ihren Ausgang davon genommen, daß am 28. April ein ruhiger, unbefehlter Arbeiter von zwei polnischen Sol-

Väter und Söhne.

Roman von Ivan Turgenjoff.

57

Sie richtete sich wieder auf.

„Da, nehmen Sie,“ sagte sie, zog jedoch sofort die ausgestreckte Hand wieder zurück, bis auf die Lippen, blickte nach dem Eingang der Laube und lautete:

„Wer ist da?“ fragte Bararoff. „Nikolaus Petrovitch?“

„Nein... Der ist auf dem Felde... und den fürcht ich auch nicht... aber Paul Petrovitch...“

„Was denn?“

„Mir schien es so, als ginge er dort herum. Nein... es war niemand da. Hier, nehmen Sie!“

„Nikolaus reichte Bararoff die Rose.“

„Warum fürchten Sie sich denn vor Paul Petrovitch?“

„Er schreckt mich beständig. Nicht als ob er mit mir spräche — o nein; aber er sieht mich immer so merkwürdig an! Doch auch Sie mögen ihn nicht leiden. Erinnern Sie sich nur, in der ersten Zeit stritten Sie sich immer mit ihm. Ich weiß nicht, um was es sich in dem Disput handelte, aber ich merkte, daß Sie ihn hübsch zurechtlegten...“

„Nikolaus zeigte mit den Händen, wie Bararoff Paul Petrovitch nach ihrer Ansicht zurechtgelegt hatte.“

Bararoff lächelte.

„Und wenn er den Sieg über mich davongetragen hätte?“ fragte er, „wären Sie mir dann zu Hilfe gekommen?“

„Wie hätte ich Ihnen denn zu Hilfe kommen können? Aber mit Ihnen wird man so leicht nicht fertig.“

„Glauben Sie? Aber ich kenne eine Hand, die mich mit einem Finger umwerfen könnte.“

„Was ist das für eine Hand?“

„Wie, Sie wissen das nicht? Riechen Sie, wie schön die Rose duftet, die Sie mir gegeben haben.“

Nikolaus neigte sich vornüber und näherte ihr Gesicht der Rose... Das Licht glitt ihr vom Kopfe auf die Schul-

tern und ließ eine weiche Masse schwarzer, glänzender, etwas in Unordnung geratener Haare sehen.

„Warten Sie, ich will mit Ihnen daran riechen,“ sagte Bararoff, neigte sich betend und drehte einen kräftigen Kuß auf ihre halbgeöffneten Lippen.

Sie fuhr zusammen, stemmte beide Hände gegen seine Brust, aber nur schwach, und so konnte er ihr einen zweiten Kuß geben.

Da ließ sich ein trockenes Husten hinter dem Kiebackgebüsch hören. Nikolscha fuhr augenblicklich auf das andere Ende der Bank. Paul Petrovitch wurde sichtbar, machte eine leichte Verbeugung, sagte mit einer gewissen boshaften Traurigkeit: „Sie hier?“ und entfernte sich wieder.

Nikolscha las sofort alle ihre Rosen auf und ging aus der Laube.

„Das war unrecht von Ihnen, Eugen Wassilitsch,“ murmelte sie, als sie sich entfernte. Es lag ein Ausdruck aufrichtigen Vorwurfs in ihrer Stimme.

Bararoff erinnerte sich einer ähnlichen, noch nicht sehr alten Szene, und diese Erinnerung erweckte ihn ihm ein gewisses Gefühl von Scham, ja fast von Selbstverachtung. Aber er schüttelte sofort mit dem Kopfe, gratulierte ironisch zu seinen „Schritten auf Seladons Pfaden“ und ging zurück auf sein Zimmer.

Was Paul Petrovitch betrifft, so verließ er den Garten und begab sich langsamen Schrittes in das nahe Waldchen. Er blieb dort ziemlich lange, und als er, um zu frühstücken, zurückkam, fragte ihn sein Bruder besorgt, ob er nicht wohl sei — ein so finstres Gesicht zeigte er.

„Du weißt, daß ich zuweilen an Gallenergießungen leide,“ antwortete Paul Petrovitch ruhig.

24.

Zwei Stunden später klopfte er an Bararoffs Tür.

„Ich muß um Verzeihung bitten, daß ich Sie in Ihren gelehrten Beschäftigungen störe,“ begann er, indem er sich auf einen Stuhl neben dem Fenster setzte und beide Hände auf einen schönen Stuhl mit eisenerne Knappe stützte (er gina gewöhnlich ohne Stuhl), „aber ich bin genötigt,

Sie zu bitten, mir fünf Minuten Ihrer kostbaren Zeit zu gewähren... nicht mehr.“

„Meine ganze Zeit steht Ihnen zur Verfügung,“ antwortete Bararoff, der ein gewisses Zucken in seinem Gesichte empfand, als er Paul Petrovitch die Schwelle seiner Tür überschreiten sah.

„Fünf Minuten genügen mir. Ich bin gekommen, um eine Frage an Sie zu richten.“

„Eine Frage? Und welche?“

„Hören Sie gefälligst: Im Anfange Ihrer Anwesenheit im Hause meines Bruders, als ich mir noch nicht das Vergnügen versagte, mich mit Ihnen zu unterhalten, hatte ich Gelegenheit, Ihre Ansicht über mancherlei Gegenstände kennen zu lernen; aber so viel ich mich erinnere, ist weder zwischen uns noch in meiner Gegenwart jemals vom Duell die Rede gewesen — vom Duell im allgemeinen. Darf ich Sie fragen, was für eine Ansicht Sie in dieser Beziehung haben?“

Bararoff, der aufgestanden war, um Paul Petrovitch entgegenzugehen, setzte sich auf den Rand des Tisches und kreuzte die Arme.

„Meine Ansicht ist diese,“ sagte er, „vom theoretischen Standpunkte aus ist das Duell eine Albernheit; indes vom praktischen Standpunkte — das ist eine andere Frage.“

„Das heißt, wenn ich Sie recht verstehe, Sie würden was auch Ihre theoretische Ansicht vom Duell sein möge, in der Praxis nicht gestatten, daß man Sie beleidigt, ohne Genugthuung zu fordern?“

„Sie haben meine Gedanken vollkommen richtig aufgefaßt.“

„Ausgezeichnet. Es ist mir äußerst angenehm zu erfahren, daß Sie diese Anschauung haben. Ihre Worte reizen mich aus meiner Unwissenheit...“

„Aus Ihrer Unwissenheit, wollen Sie sagen.“

„Auf das Wort kommt mir nicht an; mein Zweck ist nur, mich verständlich zu machen; ich... ich bin keine Seminarredner. Ihre Worte überheben mich einer gewissen traurigen Notwendigkeit. Ich bin entschlossen, mich mit Ihnen zu schlagen.“

(Fortsetzung folgt.)

haben erstochen wurde. Nach der Verurteilung, an der sämtliche politischen Parteien teilnahmen, fand eine kleine Versammlung unter freiem Himmel statt, um eine Geldsammlung für die hinterbliebenen Frauen und Kinder zu veranstalten. Wegen dieser Versammlung erfolgten die Verhaftungen und Erschießungen. — Das empörende Verhalten der Polen sollte den Auffachtinstanzen der Entente Veranlassung geben, eine Sühne für die entsetzlichen Bluttaten herbeizuführen und das Ihre zu tun, daß derartige Uebergriffe in Zukunft unmöglich werden.

Wer ist ungefallen?

Die unabhängige Presse hat einen neuen Anlauf der „Mediosozialisten“ entdeckt: Sie seien im preussischen Verfassungsausschuß für den Staatsrat eingetreten. In Wahrheit haben die Mediosozialisten im Verfassungsausschuß, während der total unfähige Vertreter der U. S. P. D. Christiane gar nichts tat, mit den linken Gruppen gegen den Staatsrat gekämpft. Erst als sich zeigte, daß eine sichere bürgerliche Mehrheit dafür war, haben sie die Koalitionsparteien von den Rechten zu trennen gesucht, indem sie in Aussicht stellten, sie würden ebenfalls für den Staatsrat stimmen, wenn er rein demokratisch gewählt und in seinem Verfassungsentwurf beschränkt würde. Leider aber waren Zentrum und Demokraten in ihren Staatsrat zu verleiht, sie gaben ihm weitgehende Befugnisse, und die Sozialdemokratie stimmte dagegen.

Die einzigen die im Verfassungsausschuß handig umfallen sind die Unabhängigen. Erst heute wieder hob sie die Unabhängigen D. B. u. S. O. in die Höhe. Sie selbst stimmte mit den meisten Bürgerlichen gegen die Wahlrechtsreform. Dabei haben die Unabhängigen im Reichstag noch vor wenigen Wochen mit uns für das Wahlrecht der Soldaten gekämpft. Aber der ewige Unfall ist ja das Kennzeichen der „allein prinzipiellen“ Politik der U. S. P. D.

Kampf der Abstinenzpolitik. Unter diesem Titel nimmt Hellas von Gerlach, der den Unabhängigen sehr nahe steht und ihnen manche Waffe im Kampf gegen uns geliefert hat, zu der Politik dieser Partei Stellung. Wie schon aus der Ueberschrift seines Artikels hervorgeht, ist er gerade nicht sehr erfreut darüber. Er sagt u. a.: „Wer auf jeden Anteil an der Macht verzichtet, weil er zunächst noch nicht die ganze Macht haben kann, mag sich moralisch sehr erhaben vornehmen. Praktisch erweist er jedoch seinen Gegnern den größten Dienst. Er liefert ihnen die Positionen aus die er sonst selbst fechten könnte. Dadurch wird der Kampf schwerer, der Endsiege ferner.“ Was sagen die Unabhängigen, nach deren Ansicht ihre Politik „geschichtlich betrachtet“ den Sieg der Arbeiterpartei beschleunigt, zu diesem Urteil ihres Freundes?

Badischer Landtag.

gr. Karlsruhe, 24. Juni.
51. Öffentliche Sitzung.
Vizepräsident Mater-Heidelberg eröffnet die Sitzung um 8.40 Uhr.
Eingegangen ist ein sozialdemokratischer Antrag auf Befreiung der Härten des gegenwärtigen Steuerabzugs.

Unterrichtsdebatte.

Abg. Dr. Lefter (Dem.) begrüßt es, daß die Regierung auf dem Gebiete des Hochschulwesens nicht still stehen will; für Heidelberg ist ein weiterer Vorschlag für Literaturgeschichte und Sozialpolitik notwendig. Die Einwanderung der Juden und die sich der Abg. Karl beschwerte, kam von der Disziplin und Kriegszustand Luben dorffs, dem der Abg. Karl ja politisch nahe steht, während viele deutsche Juden selbst nicht davon erhaben sind. Die Vorgänge an der Technischen Hochschule deuten darauf, daß gewisse Kreise den Juden die nationale Gesinnung abgeprochen; dies ist eine unerhörte Ehrenränkung. In der Stunde der Gefahr betätigen sich alle Kreise und alle Schichten; auch zahlreiche jüdische Kriegseingewilligte, darunter eine Reihe Juden sich bei der ungeringen Einzahlung, was sehr bedauerlich wird. Es fällt doch die Mehrheit der Juden deutsch und denkt deutsch; mußte doch neulich sich in diesem Hause Herr Dr. Schofer namens des Zentrums und Herr Dietrich namens der Demokraten sich dagegen verwahren, weil ihnen die nationale Gesinnung abgeprochen wurde.

Abg. Karl (D.N.): Es ist mir nicht im Traume eingefallen, den Juden abzusprechen, daß sie gute Deutsche sein können. Wenn die Regierung in Sachen der Vorgänge an der Technischen Hochschule keine Kritik vertritt, so untergräbt sie damit selbst ihre Autorität. Es ist Sache der Regierung selbst, ihre Autorität zu führen. Wo habe ich Schmädhungen gegen die Juden ausgeprochen? Der Minister hat hierfür auch nicht den Schatten eines Beweises erbringen können? Ich spreche mit Ehrfurcht von der jüdischen Religion. Ich weise die Behauptung des Ministers, daß ich Schmädhungen ausgeprochen habe, mit Entschiedenheit zurück. Hat Herr Dr. Lefter noch nie etwas von Zionismus gehört? Krugheim will ich nicht leugnen, daß es Juden gibt, die gute Deutsche sind, wie es auch gute evangelische Kirchenglieder gibt, die von Juden abhammen. Für den Zionismus habe ich die Sympathie, wie für jede nationale Bestimmung.

Unterrichtsdirektor Hummel: Das Rückzugsgesetz des Herrn Abg. Karl, das zwar mit einigen Feilen geputzt war, kann mein Urteil über seine Rede nicht beirren. Der durchdringliche Zweck seiner Rede kennzeichnet besser als seine Worte deren Ziel. Die Behauptung des Abg. Karl über einen hohen Prozentsatz jüdischer Lehrkräfte an der Technischen Hochschule ist unwahr. Ich kann daher nichts zurücknehmen, was ich gestern zur Kennzeichnung der karlsruher Rede gesagt habe. Ich bekräftige, daß durch die rechtliche Art, die Autorität des Staates zu untergraben, wir der Katastrophe zugeführt werden. (Sehr richtig.)

Abg. Holtermann (Dem.) weist auf den guten Ruf hin, den unsere Universitäten im Ausland genießen. Mißstände, wie sie die Interpellation Königberger zu überwinden sucht, können nicht durch Zwang beseitigt werden. Die ungeheure Armut unseres Volkes kann nicht überwunden werden, wenn unser Volk in zwei Teile — die Bildung, die Handarbeit — auseinandergerissen wird. Hier muß eine Verständigung eintreten. Der Auftrag der handarbeitenden Schichten läßt sich nicht zurückdrängen. Es kann nicht gegen die handarbeitenden Schichten, es kann aber auch nicht ohne die gebildeten Schichten geregelt werden. Den Antisemitismus lehne ich als Gift und als Giftträger ab; es gibt bei den Juden und bei den Christen Feinde und man darf nicht die Juden zum Sündenbock machen. Die Vertreibung des Judentums ist eine der größten Gefahren unseres Weltlebens. Die Universitäts- und öffentlichen Bibliotheken müssen deshalb reichlich unterstützt werden.

Abg. Marum (Soz.):

Zunächst möchte ich hinsichtlich der Kunstdebatte bemerken, daß wir auch gegen die modernen Kunstbestrebungen etwas Ehrlichkeit haben sollten. Ich möchte daran erinnern, daß Männer wie Hans Thoma, Trübner, Rodin erst in ihrem Alter anerkannt wurden und für verrückt erklärt worden waren, wie man heute die Expressionisten für verrückt erklärt. Gerade die modernste Kunst abstrahiert von dem Körperlichen und stellt

das Geistige in den Vordergrund. In der Erziehung muß mit dem Grundgedanken, dem Tüchtigen freie Bahn erst gemacht werden. Was den begabten Kindern der Armen vor allem tut, ist die Schaffung einer Lebensgrundlage; also nicht nur Schulgeldbestellung, sondern Schaffung von Staatsinternoten zur Verbreitung des Lebens. Das Kadettenhaus wäre als ein solches Staatsinternat für begabte arme Schüler geeignet; wie steht es damit? Wir unterstützen alle Bestrebungen, unsere Universitäten auf hohem Geistesniveau zu erhalten und man muß ihnen Förderungen mit Verständnis entgegenkommen, was besonders für die Universitätsbibliotheken gilt. Unter den Professoren und Dozenten findet man viel glänzendes Gelehrtes, was besonders für die Universitätsbibliotheken gilt. Unter den Professoren und Dozenten findet man viel glänzendes Gelehrtes, was besonders für die Universitätsbibliotheken gilt.

Zur Judenfrage möchte ich sagen, daß ich stolz auf meine jüdische Abstammung bin. Es ist nicht richtig, daß man die getauften Juden oder richtiger getaufte Christen zu den Juden rechnet und es ist merkwürdig, daß die Leute, die eine eifrige Missionstätigkeit zur Taufe entfalten, dabei mitmachen, wie dies gestern Abg. Spang tat. Zur Judenfrage möchte ich sagen, daß es sich vielfach um Rückwärtiger handelt, die im 16. Jahrhundert bei den Verfolgungen aus Deutschland ausgewandert und dabei zum mindesten ihre deutsche Sprache bewahrt. Ein großer Teil der Juden ist in der Tat in Deutschland als viele Deutsche, die bewahren das Germanentum in der Sprache genommen zu haben. Besonders gilt dies von den Deutschen im Norden Deutschlands, die teilweise slavischen Ursprungs sind, während die Juden teilweise seit der Einwanderung in Deutschland sind. Herr Abg. Karl wendet sich gegen die Juden, aber er hat nichts davon gehört, daß sich die Deutschen gegen das jüdische Volk wenden, das ihnen zu danken hat, daß sie gegen den Verfall der Kultur im 16. Jahrhundert den Willen zur Wahrheit nicht verlor. Wenn der Abg. Karl dem Verfassungsausschuß die Rede, Hochschule schickten können, daß die Behauptung eine Unwahrheit ist. (Vizepräsident König: Sie müssen diese Bemerkung zurücknehmen. Ich nehme sie nicht zurück.) (Vizepräsident König: Dann nur ich nehme einen Lehrgang für erteilt.) Nachdem mir dem allen Kopie mit einem jüdischen Juden orthodoxe Professoren wertvoll konnten, sind nun einige dieser zurückgeblieben Gelehrten Professoren geworden. Bei den Vorkäufen an der Technischen Hochschule hielt ich: Wissenschaft ist, Wissenschaft ist, der Jude wird verbannt. Die Studenten werden bereuen, daß der Direktor Meier, den sie gar nicht kannten, nicht hierher kam, und daß sie den Krimin mitmachten. Die neuerliche zurückgeworfene Interpellation der Deutschnationalen beweist, daß auch damals die Sache von außen her in die Studentenfront hineingetragen wurde. Ich gebe zu, daß ich bedauere, daß die Studenten sich so wenig dem Sozialismus angeschlossen, und daß sie heute im falschen Lager stehen. Wenn die Deutschnationalen gegen den Schachergeist vorgehen wollen, so müssen sie eine Wirtschaftserziehung schaffen, in der dieser anstößige jüdische Schachergeist nicht mehr notwendig und ungeschaltet ist. Deshalb ist die sozialistische Wirtschaftserziehung zu verlangen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Strauß (N.R.) freut sich, daß der Minister die guten Beziehungen zur Kirche aufrecht erhalten wissen will. Ich begrüße die festeren Bindungen des vaterländischen Gefühls in der Schule. Zu bezweifeln ist es, ob sich die Staatskirchen so leicht durchführen lassen. Jüdischer Geist hat am meisten Einfluss auf unsere Wissenschaft gehabt; aber der Geist war manchmal ein verderblicher denn wir von der christlichen Seite manchmal zurücknehmen wollten. Sinuosa Letzte a. B. jede politisch gläubige Lebensauffassung ab. Am Ende ist der Artikel von Kunz in der „Wolfszeitung“ und der Artikel in den „Akademischen Mitteilungen“ gegen Minister Hummel völlig gleich im Verhalten der farbenprägenden Studenten ist mir nichts aufgefallen. Man macht zuviel Aufhebens von den Studenten.

Abg. Dr. Mayer-Karlsruhe (D.N.H.) weist auf die Abkämpfung hin, die das jüdische Leben erfordert hat. Das jüdische Problem halten wir für ein eminent politisches und werden es auch in Zukunft mit Sorgfalt beachten. Mit meinen Bemerkungen über die moderne Kunst wollte ich nur den Finger auf die Wunde legen; ein Zerwürf habe ich damit nicht gemacht. Der Redner polemisiert sehr gegen die Kunst. In dem der Minister die moderne Kunst verteidigte hat er seine Autorität untergraben.

Unterrichtsdirektor Hummel geht auf verschiedene Einzelfragen ein. Zu wünschen wäre die Bildung der vom Hause schon lange geplanten Enkulturmmission, um vor allem zu den Pfaffen auf Einwirkung der Realanstalten Stellung zu nehmen. Nur das Kadettenhaus? Ich bin mir nicht sicher, daß es haben wir bis jetzt die Widerstände nicht überwinden können, weshalb wir uns weiter bemühen werden. Ich besinne mich zur Dankbarkeit gegenüber allen Richtungen der Kunst. Die Bemerkungen gegen den Abg. Mayer-Karlsruhe war ich den bildenden Künstlern Badens schuldig.

Abg. Frau Schlot (Dem.), auf der Galerie unterständig, äußert sich zu der Frage der Einstellung der Beherrinnen. Mit den Ausführungen des Abg. Mayer-Karlsruhe gegenüber Entgleisungen der Kunst haben wir Frauen uns gefreut und werden uns gegen das Hirnenhafte in der Kunst. Auch viele Männer lehnen den Schand in Wort und Bild ab. Gegenüber den Deutschnationalen ist zu sagen, daß man aus Jesus keinen Germanen machen kann. Heutzutage ist, daß die getauften Juden Holz darauf sind, getauft zu sein; aber sie verleugnen ihre Abstammung nicht.

Abg. Dr. Kraus (Soz.):

macht einige Richtigestellungen über unrichtige Pressemeldungen, die von seiner letzten Rede verbreitet worden waren. Der antisemitische Rassengriff hält vor wissenschaftlichen Bestellungen nicht stand. Dieses Parlament ist nicht der Boden, um den Einfluß der Juden auf die Wissenschaft objektiv feststellen zu können. Dem Antrag Königberger, die Studenten bei der Immatrikulation auf die republikanische Verfassung hinzuweisen, lag jede Gesinnungsbeeinflussung fern. Die Hochschule darf jedoch nicht jüdisch sein. Dies bekämpfen wir, den neuen Staat gestellt werden. Dies bekämpfen wir, die „Akademischen Mitteilungen“ sind nicht der Hebe gegen den antisemitischen Ausenanderstellungen. Die Kreise, die an Hochschulpolitik studieren, sollten wissen, daß die Jüdische in allen Ländern als Folge des Krieges zur Zeit sehr schädlich sind. Die „Akademischen Mitteilungen“ sollten deshalb nicht die jüdischen Regierungen dafür verantwortlich machen. Die Universitäten müssen als Glied in die neue Gesellschaft eingegliedert werden. Wenn das Völkerrecht heute noch nicht weiter ist, als es der Fall ist, so sind die deutschnationalen Kreise daran schuld. Die Rechte hat hier ebenwomöglich recht, dagegen Stellung zu nehmen, wie in der Judenfrage wo ihre Anhänger es nicht ablehnen reiche jüdische Familienmitglieder zu betrachten. Wenn die Rechte in die Völkerverhandlungen eingreift, kommt nicht der Rassismus zum Sieg.

Abg. Frau Siebert (N.R.) (auf der Bühne unterständig) polemisiert gegen den Expressionismus, der Gift für die Seele des Volkes sei.

Die allgemeine Beratung des Voranlasses des Kultus- und Unterrichtsministeriums wird geschlossen.

Abg. Karl (D.N.) stellt in persönlicher Bemerkung fest, daß er keine Angaben der Zeitung, dem „Neuen Mannheimer Volksblatt“, entnommen. Erst wenn eine authentische Enquete vorliegt kann ich meine Angaben zurücknehmen. Unterrichtsminister Hummel erklärt, daß Abg. Karl den Schmädhungen gegen jüdische Kollegen Schmädhungen gegen seine Person angefügt hat. Dergleichen verwerfe ich mich. Ich kann von meinen Ausführungen nichts zurücknehmen. Vizepräsident König: Ich konnte in den Ausführungen des Abg. Karl keine Schmädhung erblicken.

Abg. Marum (Soz.) zum Präsidenten: Sie sind ein glänzender Interpret der Deutschnationalen.

Präsident König: Ich rufe den Abg. Marum zur Ordnung. Unterrichtsminister Hummel: Ich muß gegenüber der Ansicht des Präsidenten meine Ausführungen aufrecht erhalten. Unter diesen Umständen kann man kein Amt führen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Karl (D.N.), Dr. Lefter (Dem.), Dr. Mayer-Karlsruhe (D.N.) wird die Sitzung um 12.10 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung: Freitag früh 9 Uhr. Tagesordnung: Spezialberatung des Unterrichtsbudgets.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat folgenden Antrag eingereicht: Die Unterzeichneten beantragen: Der Landtag wolle beschließen, die badische Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung sofort Schritte einzuleiten zur Beilegung der Härten des gegenwärtigen Steuerabzugs vom Arbeitseinkommen.

Erste Sitzung des neuen Reichstages.

W.B. Berlin, 24. Juni. Der Reichstag trat heute nachmittags um 8 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammen, in der lediglich die Namensaufrufe der Abgeordneten erledigt wurden.

Sitzungsbericht.

Berlin, 24. Juni. Das Haus ist voll besetzt, desgleichen die Tribünen. Im übrigen deutet nichts in änderen Ansehen des Saales die Bedeutung dieser ersten Sitzung des ersten Reichstages nach der Umbildung des Reiches an.

Vizepräsident Abg. Niese (Soz.) eröffnet die Sitzung und ernennt die Abgeordneten Kallewiz, Frau Agnes, Frau Bohm-Schuch und Dr. Pfeiffer zu provisorischen Schriftführern.

Geschäftsordnungsmäßig wird sodann zum Namensaufruf der Abgeordneten geschritten, was sich im allgemeinen eintönig vollzieht. Es ergibt sich, daß die meisten Minister im Klemm Platz genommen haben, so z. B. die Abg. Dr. Wirth, Gieseler, Dr. David, Dr. Blund, Bauer. So erklärt es sich auch, daß auf der Ministerbank Reichsminister Dr. Koch das gesamte Reichskabinett vertritt.

Bei dem Aufruf des Abg. Mittmoch (N.S.) ruft der Abg. Debebour unter schallender Heiterkeit des Hauses: „Der Herr!“. Zu einer ähnlichen Szene kommt es bei dem Aufruf des Namens Stinnes. Hier ruft der Abg. Adolf Müller (N.S.): „Wenn das Geld im Kasten klingelt, der Stinnes in den Reichstag springt!“

Der Namensaufruf ist die Anwesenheit von 432 Abgeordneten an. 34 Abgeordnete fehlen.

Der Vizepräsident konstatiert die Beschlußfähigkeit des Hauses und legt die nächste Sitzung auf Freitag nachmittags 3 Uhr mit der Tagesordnung: Wahl des Präsidenten fest.

Sitzung gegen 4 Uhr.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

nahm, wie der „Vorwärts“ mittelt, Stellung zu der Wohnungsfrage und beschloß, eine Interpellation einzubringen. Weiter beschäftigte sie sich mit der Arbeitslosenfrage und stimmte der Einbringung folgender Interpellation zu: Was gebietet die Regierung gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit zu tun, insbesondere um in der heutigen Krise die Stilllegung von Betrieben zu verhindern und Arbeitslosigkeit zu verschaffen? Ferner wurden zwei Fraktionsmitglieder beauftragt, die Steuerfrage, besonders die Einkommensteuerfrage eingehend zu prüfen und Vorschläge auszuarbeiten, nach denen die Härten beim Steuerabzug behoben werden können. Weiter wurde beschlossen, in eine Prüfung der Personalfragen anlässlich der Kabinettsbildung nicht einzutreten.

Berlin, 24. Juni. (Privattelegramm.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wählte in ihrer gestrigen Sitzung zu Vorsitzenden Hermann Müller, Scheidemann und Wels. In den Fraktionsvorsitz wurden weiter gewählt: Fischer-Berlin, Hoch, Löbe, Mollenhuth, Zuchacz, Stelten, Hildenbrand und Schumann-Berlin. In den Seniorenkonvent wurden delegiert: Löbe, Mollenhuth, Hoch, Hermann Müller, Scheidemann, Zuchacz und Wels. Als Vorsitzender des Reichshaushaltsausschusses wurde wieder Heimann-Berlin in Aussicht genommen.

Kleine Nachrichten.

Mainz, 23. Juni. Ein großer Teil des Artillerie-Munitionslagers Hirschborn an der Strecke Mainz-Bingen ist heute nacht in die Luft geflogen. Das Uebergreifen der Explosion auf weitere Teile des Lagers wurde von französischen Soldaten verhindert. Hierbei fand der Adjutant des 186. Infanterie-Regiments den Tod. Die Gefahr eines weiteren Ausbreitens der Explosion ist beseitigt. Der Jupperteich, der auf einige Stunden über andere Strecken umgeleitet werden mußte, ist wieder ausgenommen worden.

Berlin. Die Bürgermeister der größeren Städte der Rheinprovinz kamen in Bonn zusammen zur Besprechung der Maßnahmen gegen die Wucherpreise für Obst und Gemüse. Sie richteten eine Eingabe an die rheinischen Landwirtschaftskammern, auch ihrerseits Schritte zu unternehmen, um auf eine andere Preisgestaltung hinzuwirken.

W.B. Frankfurt a. M., 24. Juni. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmersverbände der Leder- und Schuhindustrie des Schuhgroßhandels und des Schuhkleinhandels haben über die Berechnung der Schuhpreise den Beschluß gefaßt, daß der heutige Verkaufspreis der Schuhe sich auf den gegenwärtigen Häute- und Lederpreis aufbauen müsse, unter Berücksichtigung eines den heutigen Verhältnissen entsprechenden bescheidenen Zuschlags für Unkosten und Gewinn. Die Preise für die vorhandenen teureren Bestände sollen ohne Rücksicht auf die entstehenden Verluste ebenfalls auf der vorhandenen Grundlage berechnet werden.

Amsterdam. Der „Times“-Korrespondent in Stockholm hatte eine Unterredung mit Frau Snowden und Dr. Guesf, 2 Mitglieder der englischen Arbeiterdelegation, die sich nach ihrem Besuch in Rußland auf der Rückreise nach England befinden. Frau Snowden erklärte: Ich komme mit der besten Ueberszeugung zurück, daß wir von dem Bolschewismus nichts zu lernen und durch ihn nichts zu gewinnen haben. England ist ein sehr konservatives Land. Der Arbeiter hat dort

bessere Ansichten, als er jemals in Rußland unter dem Bolschewismus erlangen wird.
 London, 24. Juni. Der Völkerverbund fordert in einem Aufruf alle Länder der Welt auf die Mittel zur Bekämpfung der Typhusepidemie in Polen und dessen Nachbarländer und zur Verminderung der weiteren Ausbreitung der Epidemie zur Verfügung zu stellen. Die britische Regierung hat eine erste Leistung von 50 000 Pfund Sterling bewilligt, vorausgesetzt, daß die anderen Länder eine gleiche Summe aufbringen.

Badische Politik.

Zur Aufhebung der Zwangswirtschaft.

wird uns weiter von einem Arbeiter geschrieben: Es ist eine dringende Pflicht, das arbeitende Volk auf die Folgen dieser Aufhebung der Zwangswirtschaft aufmerksam zu machen, denn es ist ohne weiteres klar, daß nach der Durchlöcherung der Zwangswirtschaft, die gesamte Bevölkerung derselben in Bezug auf die Gestaltung der Lebensmittelpreise, eine Entwürdigung der Preise nach oben im Gefolge haben wird. Es stimmt ja allerdings, daß für die meisten Lebensmittel der Zwang nur noch auf dem Papier steht. Für Getreide und Milch ist jedoch die Aufhebung unmöglich, die Folgen der totalen Verrückung würden sich katastrophal bemerkbar machen. Für das Brot ist die Zwangsbewirtschaftung notwendig, weil die Mehlnot sich auch nach der neuen Ernte noch fühlbar machen wird und vom Ausland nicht allzuviel eingeführt werden können, umso mehr als die Weltgetreideernte nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen lange nicht so ausfällt, um den Weltbedarf zu decken. Andererseits würde auch das Brot durch Einfuhr des Auslands, mehrs enorm in Preise steigen.

Die Milch ist für unsere Kinder das Notwendigste und die Versorgung der Kleinen mit Frischmilch muß unter allen Umständen garantiert werden. Auch den Krankenhäusern und Wärdnerinnenheimen muß das nötige Quantum Milch absolut gesichert werden. Ein dankbares Feld erwächst hier für die Aergernisse, die den Kranken die Milch verordnen, sie müßten mehr wie bisher die gerechte Verteilung ins Auge fassen. Wenn die Allgemeinheit sehr wenig Milch zu sehen bekommt, so ist das insbesondere die Schuld der Besitztümer, die es seit langem schon an dem nötigen Schmelz haben fehlen lassen, damit die Landwirte ihre Pflicht voll und ganz erfüllen.

Für Getreide und Milchbewirtschaftung ist — solange die Zwangsbewirtschaftung besteht, rücksichtslose Durchführung der Maßnahmen erforderlich: energische Durchsetzung der Ablieferung und im Weigerungsfalle empfindliche Geldstrafen. Dagegen sind den Landwirten für ihre Produkte angemessene Preise zu gewähren.

Das ist das dringende Gebot der Stunde und es ist herkommt höchste Zeit, daß den Landwirten einmal eine richtige Auffassung beigebracht wird. Im Interesse des Volksganzen haben die Sonderinteressen des Einzelnen zurückzutreten.

Das schwierigste Problem wird wohl die Übergangsperiode in den freien Handel bringen. Wie wird dem arbeitenden Volk über diese Krise die nach Aufhebung der Zwangswirtschaft zweifellos entsetzt, hinweggeholfen? Ist man bereit, die Gehälter und Löhne den in die Höhe geschriebenen Preisen anzupassen? Die Unternehmer werden dazu nicht geneigt sein! Aber was dann? Die Arbeiter, Angestellten und Beamten werden sich dazu keineswegs verstehen können, namentlich wieder der Leidtragende zu sein! Entweder — Abbau der Zwangswirtschaft und der Preise, oder — Anpassung der Löhne und Gehälter an dieselben.
 Dann kann der Abbau beginnen! A. Sch.

In Ergänzung unserer gestrigen Mitteilung acht uns folgender ausführlicher Bericht über die Beratungen des vom Landtag eingeleiteten Ausschusses zu:

Der Ausschuss zur Prüfung der Frage des Abbaues der Zwangswirtschaft trat erstmals am 23. ds. Mts. zur Beratung zusammen. Erörtert wurden die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Kartoffeln, Getreide und Mehl. Ein Regierungsvertreter legte den Standpunkt der Regierung dar. Nach einer Kartoffelverordnung sollte der Bedarf an Kartoffeln durch landwirtschaftliche Genossenschaften erfolgen. Der Kartoffelbedarf sollte von den Städten bei der Reichsstelle angemeldet werden. Dies sei überwiegend nicht geschehen. Die Reichsregierung sei deshalb zu dem Beschluß gekommen, die Verordnung wieder aufzuheben und die Kartoffeln völlig frei zu geben. Die Zwangsbewirtschaftung habe schon im vorigen Jahre völlig versagt. Die Regierung sei außerstande die vollständige Erfassung des Bedarfs durchzuführen. In dem Ausschuss herrschte völlige Einmütigkeit darüber, daß auf diesem Gebiete die Zwangsbewirtschaftung nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Die Kartoffelbewirtschaftung solle deshalb freigegeben werden, mit Ausnahme der Verwendung von Kartoffeln zu industriellen Zwecken. Bei der Reichsregierung möge sich die badische Regierung in diesem Sinne betenden.

Zur Bewirtschaftung der Delfrüchte vertrat ein Regierungsvertreter den Standpunkt, daß diese bei uns in Baden kein Hindernis vorliege, da nur kleine Anbauflächen in Betracht kommen. Die badische Regierung habe die Freigabe bei der Reichsregierung befristet. Die Auffassung der Regierung wurde von dem Ausschuss geteilt.

Bezüglich der Aufhebung der Bewirtschaftung des Fleisches wolle ein Regierungsvertreter mit, daß auf einer Konferenz der deutschen Länder Baden und um andere Länder sich auch für Aufhebung eingesetzt habe. Die Zwangswirtschaft habe sich selbst aufgehoben. Gegen die Aufhebung wurden in dem Ausschuss Bedenken vorgetragen, besonders bezüglich der Versorgung der Städte mit Milch für Kinder und Kranke. Man glaubt jedoch, daß bei der reichen Futtermittelernie keine große Abschlagung stattfindet. Die Reichsregierung sei bestrebt, aus dem Ausland große Futtermittelmengen einzuführen, damit die Schweinefleisch gefördert wird. Wenn Schweinefleisch und Fett wieder auf den Markt kommt, wird die Milch- und Butterproduktion gesichert. Die Bewirtschaftung der Milch muß noch aufrecht erhalten bleiben.

Der Ausschuss ist darnach der Auffassung, daß die Zwangsbewirtschaftung für Fleisch aufgehoben ist.

Landwirte, nehmt nicht mehr als 1.20 M für den Liter Milch!

Diese seltsame Aufforderung richtet, wie man uns schreibt, der Landwirt Friß von Reßbach durch ein Zeitungsinserat an seine Standesgenossen. Er ermahnt sie, nicht herzlos zu sein und durch richtiges Verhalten den übrigen Ständen, wie Kaufleuten, Handwerkern usw. ein gutes Beispiel zu geben, wie man die Preise abbaut.

Friß dürfte ein weißer Maie unter den badischen Landwirten sein. Denn erst am Dienstag hat das Ministerium des Innern in einer amtlichen Notiz in der „Karlsruh. Zg.“ nachgewiesen, daß die badischen Molkereigenossenschaften, deren Mitglieder sich auch aus den Reihen des Bauernvereins und der landwirtschaftlichen Genossenschaften rekrutieren, die Erhöhung der Milchpreise für Milch auf 1.50 M pro Liter gefordert haben. Man drohte seitens des Bauernverbundes auch mit dem Milch-

streik und wollte ihn im ganzen Lande in die Wege leiten. Die badische Landwirtschaftskammer hat sogar 2 M pro Liter gefordert.

Unter diesen Umständen wird der Landwirt Friß unter seinen Berufskollegen wohl tauben Ohren predigen, aber das ist wenigstens durch seinen Aufruf erwiesen, daß es Landwirte gibt, die auch bei einem Milchpreis von 1.20 M bestehen können. Diese Feststellung ist immerhin wert, registriert zu werden.

Ueber die Badische Siedelungs- und Landbank

ist letzter Tage ein konzentriertes Trommelfeuer von Angriffen und Verdächtigungen niedergelassen. Es wird dem Unternehmen vorgeworfen, daß an seiner Spitze geschäftsunfähige Persönlichkeiten ständen, daß unrentable Vorgänge bei der Einstellung von Arbeitern im Hagenbüsch durch Schuld leitender Persönlichkeiten passiert seien. Eine genaue Untersuchung ist sofort eingeleitet worden. Ueber das Resultat wird der Öffentlichkeit rücksichtslos Auskunft erteilt werden. Bis dieses geschehen ist, kann einmütigen die Versicherung abgegeben werden, daß an allen Stellen, wo ein Kraftbares oder schädliches Verschulden vorliegt, die betreffenden Personen voll und ganz haftbar gemacht werden. Von verschiedenen Mäthern wird darauf hingewiesen, daß an der Spitze des Unternehmens nur ein einziger Nachmann stehe. Auch nach dieser Seite wird in einer Weise Remedy geschafft werden, die dafür Garantie bietet, daß die strengsten Anforderungen an Leistungsfähigkeit, die man von einem großartigen Unternehmen erwarten darf, entprochen wird.

Wenn nun mehrfach von einer völligen Unfähigkeit der Geschäftsleitung gesprochen wurde, so sind dies übertriebene Einseitigkeiten, deren Äußerung vermutlich in den Kreisen von Interessenten liegt. Es wird insbesondere auf den Anlauf der Siedelungs- und Landbank in Eutingen mit dem Hinweis gebietet, daß die dafür gezahlten 920 000 M ein überaus schlechtes Geschäft gewesen sei. In diesem Punkte liegt ein Irrtum oder eine bewußte Entstellung der Tatsachen. Die Kaufsumme ist nicht nur für die Sägmühle gezahlt worden, sondern für eine ganze Reihe von Anwesen, außerdem für Maschinen und sonstiges erhebliches Gütermaterial. Zudem mußte der Anlauf in einer Zeit möglichst tiefer Preise geschehen, da andere Sägmühlen, die die Verarbeitung des Holzes hätten übernehmen können, der Bank nicht zur Verfügung standen. Auch abgesehen von ungunstiger Kaufverhältnisse geleistet werden. Daß dieses nicht zu abnorm hohen Preisen geschah, sondern daß die Bank bei der jetzigen Konjunktur im Falle eines Verkaufes damaliger Anschaffungen noch profitieren könnte, zeigt auch für die Geschäftsfähigkeit der Leitung.

Ueber alles wird, wie gesagt, von den maßgebenden Anhängen gründliche Untersuchung angezettelt werden. Die Bank muß es aber auch für sich in Anspruch nehmen, daß bis zum Abschluß der Untersuchung und bis zur Bekanntgabe des Resultates nicht auf unsichere Angaben und halbfalsche Kombinationen eine allgemeine Verunsicherung über die Zustände bez. Instituts und über die Qualifikation der Beamten auszuwirken wird.

Zur Anwesenheit der Land- und Siedelungsbank erklärte im Verfassungsausschuss Minister Rüder, daß die verantwortlichen Personen beurlaubt seien. Eine Untersuchung werde von unparteiischer Seite durchgeführt; an der Untersuchung nehmen noch teil die Abg. Müller (Baden Soz.), Hoffmann (Dem.) und Duffner (Ztr.).

Das Siedelungsrecht im Verfassungsausschuss.

In weiteren Verlauf der Verhandlungen über das Siedelungsrecht am Mittwoch nachmittag wurde gutgeheißen, daß in den Bezirken der Landeskommissariate Siedelungsausschüsse zu bilden seien. Ein sozialdemokratischer Redner regte an, schon für kleinere Bezirke Ausschüsse zu bilden. Die Höhe der Entschädigung bei Enteignungen soll sich nach dem tatsächlichen Schwere richten. Von sozialdemokratischer Seite wurde auszuführen, daß vielleicht eine Prüfung über den rechtmäßigen Erwerb der Güter und Wälder der Grundbesitzer nicht unangebracht wäre. Von anderer Seite wurde dies für nicht angängig erklärt. Es soll eine allgemeine Revision des Waldbesitzes stattfinden, um siedelungsfähiges Waldland festzustellen. Ebenso findet eine Revision des Allmends- und Stiftungsbetriebes statt.

Unter Freunden.

Die rechtsstehende „Münchener Allgemeine Zeitung“ schreibt bei Besprechung der Wahlen in Baden u. a.: „Die Deutsche nationale Volkspartei wird voraussichtlich zu ihrem einen Mandat, das sie bis jetzt inne hatte, auf dem Weg der Einzelrechnung der württembergischen Verbandsliste ein zweites Mandat erhalten, welches von dem demokratisch gerichteten Antennabürgermeister Fischer-Lahr bezieht wird. Fischer ist politisch eine vollkommene Null und selbst vom agrarischen Standpunkt aus nur als eine Leuchte dritter Ordnung zu betrachten.“
 Diese von rechtsstehender Seite kommende Art, die Führer gemäßigter Parteien zu kritisieren, findet nicht die Billigung der „Badischen Landeszeitung“, die im übrigen meint: „Die Tatsache, daß Fischer keinerlei politische und nach weniger agrarische Bedeutung hat, ist natürlich nicht zu leugnen, und die weitere Tatsache, daß er i. H. die Bauern zum Widerstand gegen die Staatsgewalt auffordert, ist auch nicht geeignet, ihn zu einer besonders sympathischen Persönlichkeit zu machen.“

„Getaufte Juden.“

Man schreibt uns: Gelegentlich der Unterrichtsdebatte betonte in einem Zwischenruf derzeit aus anderen Gründen in der Öffentlichkeit vielgenannte Landtagsabgeordnete Spang, daß zu den Juden auch die getauften Juden zu rechnen sind. Nun kann man zwar über die getauften Juden je nach der Weltanschauung verschiedener Meinung sein: der religiös Strenggläubige wird sie oft mit einem gewissen Mißtrauen betrachten, da viele von ihnen nicht immer aus edelsten Motiven ihre Umwandlung vollzogen, während der Freidenker aus seinen Anschauungen heraus wieder andere Maßstäbe zu Grunde legen kann. Völlig anders liegt die Frage jedoch für den Katholizismus, für den mit der Taufe jedoch für den katholischen (allgemeinen) Kirche alle Fragen einer andersartigen religiösen, nationalen oder rassenartigen Veranlagung ausgelassen sein müssen. Denn wäre dies nicht der Fall, so müßte die katholische Kirche, in der die „Befreiung“ von jeder eine große Rolle spielte, einen gewaltigen Miß bekommen, abgesehen davon, daß sonst viele der großen Apostel der Kirche von Kulus an, ja sogar Jesus Christus selbst, der selbst nach streng katholischer Ansicht zum mindesten eine jüdische Mutter hatte, sich mit einer zweiten Manufaktur bedingten müßten. Es dürfte daher interessanter, ob der Zentrumsgewaltigen von Schönaer (nicht von der Stadt Weiskopf, der wir in einem anderen Artikel bereits erwähnt) die „Ehre“ antworten, sich durch Herrn Spang vertreten zu lassen, auch hier wieder eine Extratour tangte oder ob er maßgebende Ansichten vertrat.

Soziale Rundschau.

Höhere Zulagen zu den Renten in der Invaliden- und Entertlebenversicherung.

Durch Reichsgesetz vom 20. Mai 1920 erhalten vom 1. Juli 1920 ab die Empfänger einer Invaliden-, Kranken- oder Altersrente eine monatliche Zulage von 30 M (bisher 20 M), die Ein-

pfänger einer Witwen- oder Witwerrente eine solche von 25 M (bisher 10 M). Außerdem erhalten die Empfänger einer Waisenrente, sofern ihnen nicht auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes eine Militärhinterbliebenenrente bewilligt ist, eine Zulage von 10 M monatlich. Der Empfang der Zulage ist wie bisher auf der Rentenquittung mitzubestimmen.

Für die kriegsbeschädigten Rentenempfänger, welche eine Militärrente von über 68% Prozent beziehen sowie für die Kriegswitwen sind besondere Bestimmungen getroffen; dieselben erhalten ihre bisherige Zulage von 30 M oder 10 M monatlich noch bis 31. Dezember 1920. Nähere Mitteilungen hierwegen wird diesen Rentenempfängern demnächst durch den Vorstand der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe zugehen.

Gemeindepolitik.

Ein Kartoffelkrieg in Dulach.

r. Dulach, 21. Juni. Legten Donnerstag fand hier eine sehr gut besuchte Einwohnerversammlung statt, in der das Verhalten des Gemeinderats bezüglich der Beschaffung und Ausgabe der Kartoffeln besprochen wurde. Gen. Schmitt leitete die Versammlung und übte in seinen Eröffnungsworten scharfe Kritik an dem Verhalten des Gemeinderats. Die Gemeinde hat nämlich einen Wagon Kartoffeln bezogen, wovon der Zentner 50 M kostet. Natürlich gingen die Kartoffeln nicht ab. Niemand kaufte sie, da ja Kartoffeln in der Stadt weit billiger zu haben sind. Aber der Gemeinderat wollte sich zu helfen. Er ließ ausschellen, daß jede Familie 1/2 Zentner Kartoffeln abnehmen müsse, zu 25 M. Aber die Einwohner mißachteten auch diesen obrigkeitlichen Befehl. Der Gemeinderat ließ dann bekannt geben, daß wer 1 Zentner Kartoffeln zu 50 M nehme, noch 2 Ster Holz erhalte. Dieser Freigebigkeit, in der Holzergabe läßt die größte Empörung aus, und hiergegen richtete sich ebenfalls der Protest der Versammlung. Gen. Schmitt betonte, daß in der Holzvergabe niemand bevorzugt werden dürfe, auch diejenigen nicht, die dem Gemeinderat den Gefallen tun und ihm seine teuren Kartoffeln abnehmen. Genosse Schmitt wies auch darauf hin, daß die beiden sozialistischen Fraktionen auf dem Rathaus von der Zentrumsmehrheit auf das rücksichtsloseste verungewolligt würden; das sei Diktatur im wahren Sinne des Wortes. — In der Aussprache kritisierten eine Reihe von Rednern, G. Vogel, Bohner, Kleinert, ebenfalls scharf das Verhalten der Gemeindeverwaltung. Kleinert wies auch darauf hin, daß bei der Holzverteilung die Bürger, die Bürgerholz bereits haben, wiederum mit berücksichtigt werden so daß einzelne Bürger 4-6 Ster Holz erhalten. Nur Herr Nichteiler sucht den Gemeinderat und Bürgermeister zu entschuldigen. Gen. Feininger wies aber darauf hin, daß die Kartoffeln unbedingt zu 20 M den Zentner hätte abgegeben werden müssen, die restlichen 30 M hätte die Gemeinde zu tragen. Gen. Böller führt aus, daß schon sehr Geld ungenutzt veranschlagt worden sei, da hätte die Gemeinde auch diese 30 M tragen können. Gen. Schmitt teilt mit, daß ein Gemeinderat sogar den Vorstoß gemacht habe, man solle kurzerhand bei jeder Familie 25 M für 1/2 Zentner Kartoffeln erheben, gleichgültig, ob die Kartoffeln abgenommen werden würden oder nicht; auch habe bei einer Weichheitsverteilung der Gemeinderat von vornherein für sich 10 Pfund wegwiegen lassen. Als Ergebnis der Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:
 „Die im Gasthaus zur „Traube“ stattgefundenen gutbesuchte Versammlung der Dulacher Einwohnerschaft erhebt energisch Protest gegen die Art der Holzverteilung, wie sie in Dulach geschehen ist. Die Versammlung erblickt in der Holzverteilung, wie sie vorgenommen wurde, eine schreiende Ungerechtigkeit sowie eine Eigenmächtigkeit des Herrn Bürgermeisters, der die Verteilung ohne den Gemeinderat zu befragen, vorgenommen hat. Sie beauftragt eine Kommission von drei Mann beim Bezirksamt Weiskopf zu führen.
 Die Genossen Schmitt, Vogel und Henn erhielten den Auftrag, in der Angelegenheit beim Bezirksamt vorstellig zu werden.“

Freiburg, 21. Juni. Das städtische Lebensmittelamt wird mit Milchhändlern in der Schweiz Verhandlungen über die Sicherstellung der Milchlieferung anknüpfen, um für den Fall eines Lieferstreiks der einheimischen Landwirtschaft oder Zusammenbruchs der Zwangswirtschaft die Stabilität der Bevölkerung weiterhin mit Milch versorgen zu können.

Freiburg, 19. Juni. Nach einem Beschluß der Stadtverwaltung sollten die Bewusstseinsübungen des städtischen Lebensmittelamtes nicht, wie bisher, in sämtlichen Freiburger Wäldern, sondern vorwiegend aus Erparnisgründen ausschließlich im städtischen Rubifikationsgarten bekannt gegeben, sowie an den Rubifikationsgärten angehängt werden. Da diese Verfügung starke Opposition auslöste, hat man sie mit dem heutigen Tage wieder aufgehoben; alle mit den Bewusstseinsübungen in Verbindung stehenden oder an bestimmte Tage gebundenen städtischen Bekanntmachungen sollen wieder in sämtlichen hiesigen Zeitungen erscheinen.

Zu den Berliner Gemeindevätern beröfflicht Staatsminister a. D. Gen. Paul Hirsch einen interessanten Aufsatz in der letzten erschienenen Nr. 25 der kommunalen Praxis. Es ist umso bemerkenswerter, was Hirsch über die Notwendigkeit der Preussischen Staatsregierung für die Berliner Gemeindeväternsreform berichtet, da er in seiner Eigenschaft als erster Minister des Innern nach dem Sturz der Monarchie in Preußen die Politik der Staatsregierung in der Frage Groß-Berlins einleitete, und da diese Politik nach dem Wechsel im Ministerium des Innern bis zum Abschluß der Frage durch die Verabschiedung des Gesetzes vom 27. April 1920 in ihren Grundzügen durchgehalten worden ist. In einem weiteren Aufsatz derselben Nummer nimmt Viktor Noack zu den Berliner Gemeindevätern Stellung. Er weist auf die von der neuen Stadtverordnetenversammlung zu lösende schwierige Verwaltungstätigkeit hin und verleiht der Notwendigkeit Ausdruck, daß diese Arbeit im Geiste des Sozialismus geleistet werden muß.

Jugend und Sport.

Eine Jugendwanderung veranstaltet am Sonntag, 27. ds. Mts. der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Karlsruhe, auf dem Weiskopf bei Eutingen. Einer Tag für die Jugend wird diese Veranstaltung geben, so wie er noch vielen in Erinnerung sein wird, die in der Vorkriegszeit sich bei derartigen Veranstaltungen beteiligten hatten. Nur Freude und Augenlust darf an diesem Tage herrschen; die Spiele und sonstigen Unterhaltungen werden das Ihrige dazu beitragen. Auf desfalls am Sonntag zum Weiskopf. Freunde unserer guten Sache, laßt eure Jugend daran teilnehmen. (Siehe Vereinsanzeiger.)

Rußheim. Der Arbeiterturnverein Rußheim feiert am Sonntag sein 1. Stiftungsfest, verbunden mit Schauturnen und Faustballspiele (nicht Fußballspiele, wie es irrtümlich im Inseratenteil hieß). Freunde und Gönner des Vereins sind freundlichst eingeladen.

Aus der Partei.

Wulst. Samstag, 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr findet in der „Krone“ eine Parteiverammlung statt, in welcher Genosse Gule-Karlsruhe sprechen wird über „Ausfall der Reichstagswahl und dessen Folgen“. Außerdem enthält die Tagesordnung noch weitere wichtige Punkte, so daß das Erscheinen aller Genossen nötig ist. Leiter des „Volksfreund“ sind ebenfalls eingeladen.

Aus dem Lande.

n. Langensteintal, 25. Juni. Der 45 jährige ledige Zimmermann Kirchenlauer von hier verlegte bei einem Wortwechsel seinem Schwager einen Messerhieb in den Unterleib und verletzte ihn lebensgefährlich.

Mannheim, 25. Juni. Beim Baden im Rheinhafen ist ein 15jähriger Knabe und beim Baden im Neckar das 15jährige Mitglied eines Rudervereins ertrunken.

Valuta-Bericht vom 24. Juni.

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 14.60 Gts. Auszahlung Holland notierte etwa 13.40 Gts. per holl. Gulden; Schweiz etwa 6.80 Gts. per schw. Fr. England etwa 148 Gts. per Pfd. Sterling; Frankreich etwa 3.09 Gts. per frz. Fr.; Kuba etwa 27.50 Gts. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 25. Juni 1920.

Mit Ausnahme der Küstengebiete blieb in ganz Deutschland das Wetter heiter und trocken. Während die Temperaturen im Norden des Reiches bei nordwestlichen Winden 17 Grad nicht wesentlich überstiegen, wurden in der badischen Rheinebene noch 23 Grad erreicht, im Hochschwarzwald stiegen die Nachmittags-Temperaturen auf 15 Grad. Das westeuropäische Hochdruckgebiet erstreckt allmählich eine Schwäbung, auch sind bereits flache Hochdruckgebiete in der Entwicklung begriffen, die einen längeren Fortbestand der gegenwärtigen Wetterlage nicht mehr sichern.

Vorausprognose bis Samstag, 26. Juni nachts: Vorübergehend noch heiter, später wolfig, schwache Gewitter, besonders in Südbaden, warm.

Wasserstand des Rheines.

Schutterinsel 248, gef. 2; Neß 333, gef. 4; Maxau 500, gef. 5; Mannheim 422, gef. 8 Zentimeter.

Aus der Stadt.

Der Kampf um billiges Obst.

Regierung hilft!

So erlöset es landauf, landab angesichts der unerhörten und unverhältnismäßigen Preisen für Obst, der Mannheimer Hausfrauenbund hat an das Ministerium des Innern eine Eingabe gerichtet, in der er das Ministerium ersucht, in die Befreiung der Obstpreise einzugreifen. In einer längeren Antwort an den Hausfrauenbund gibt das Ministerium ein Bild der Gestaltung des Handels und der Preise für Obst seit 1919. In dem Schreiben heißt es u. a.:

Im Frühjahr 1919 war zunächst nach Beratung mit Vertretern der Erzeuger, der Verbraucher, des Handels und nach Erörterung mit dem parlamentarischen Ernährungsausschuß vom Ministerium des Innern angeordnet worden, daß der Ankauf von Obst sowie der wichtigsten übrigen Früchthorten (mit Ausnahme des Beerenobstes) nur durch die Geschäftsstelle der badischen Obstversorgung in Karlsruhe erfolgen durfte. Für das bewirtschaftete Obst wurden Höchstpreise sowohl für die Erzeuger wie für den Verbraucher festgesetzt. Wegen dieser Maßnahme erhob sich alsbald allgemeiner Widerspruch. Im ganzen Lande, in der Presse und in besonderen Aufschreibern wurde die Zwangsbeschränkung des Obstes einer immer unersetzlicheren Kritik unterworfen. Der Handel hielt sich in großem Umfange nicht an die Beschränkungsbestimmungen, die Verbraucher kauften unter Umgehung der Höchstpreise, so viel sie konnten beim Erzeuger auf. Die Reichsregierung und der Badische Landtag verlangten schließlich, unter scharfen Angriffen gegen die Zwangsbeschränkung des Obstes dessen völlige Freigabe. Die Regierung konnte sich diesem allseitigen Drängen nicht widersetzen und hob Ende Juli 1919 die von ihr erlassenen Vorschriften zur Regelung des Obstes mit Obst auf; damit fielen auch die Höchstpreise.

Die nunmehr gestaffelte Freiheit des Handels und des Verkehrs mit Obst führte jedoch wieder dahin, daß schon nach wenigen Wochen, und zwar zunächst hauptsächlich bei den Spätkulturen außerordentlich hohe Preissteigerungen eintraten. Trotz der großen Ernte war es der Bevölkerung fast unmöglich, Spätkobis zu einigermaßen erträglichen Preisen zu

zu verschaffen. Da die Festsetzung von Höchstpreisen allein ohne Zwangsbeschränkung der Erzeugung und des Verkehrs mit Obst einer Bewirtschaftung in der Form zu unterwerfen, die nur die badische Obstversorgungsgesellschaft berechtigt war, Obst in größeren Mengen anzukaufen und zu verkaufen. Diese Regelung wurde damals als eine unnötige und ungewollte Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Erzeuger und Verbraucher bezeichnet und von beiden Seiten gleich heftig bekämpft. So verlangte z. B. eine Vertretung der Arbeiterschaft der Firma Benz in Mannheim die Aufhebung der erlassenen Bestimmungen. Sehr scharf führten den Kampf gegen diese Regelung die Händlergenossenschaften „Gutl.“. Schließlich mußte die Regelung ebenso wie die frühere Wertsteuer aufgehoben werden.

Daraus ist ohne weiteres ersichtlich, daß es nicht möglich ist, in der Frage der Obstversorgung eine irgendwie geartete Regelung zu treffen, die den Wünschen aller Beteiligten gleichermaßen entspricht. Es ist ausgeschlossen, im laufenden Erntejahr die Staatsautorität abermals einer derartig schweren Belastungsprobe auszuweichen, wie sie die mehrfache Erlassung und Aufhebung von Vorschriften über denselben Gegenstand in einem und demselben Wirtschaftsjahr mit sich bringt.

Zu den einzelnen Maßnahmen, die im Sinne des Antrags des Mannheimer Hausfrauenbundes lägen, ist zu bemerken:

Die Einführung von Höchstpreisen hat sich durchweg als zwecklos erwiesen, da bei starkem Bedarf diese Preise nicht beachtet werden und die Verfolgung ihrer Ueberreizung größter Schwierigkeiten begegnet. Es müßte jedem einzelnen, der den Höchstpreis übersteigert nachgewiesen werden, daß er einen unangemessenen Gewinn gemacht hat. Die Durchsicherung dieser Maßnahme würde ein Heer von Beamten erfordern. Abgesehen hiervon hat die Reichsregierung für Obst nicht festsetzen werden und daß auch anderen Stellen dieses Recht nicht mehr zustehen. Die Barz hat das Bestehen, dahin zu gehen, wo der höchste Preis erreicht wird. Es müßte also, wenn wir in Baden Höchstpreise festsetzen wollten, durch irgend eine Form der Bewirtschaftung die Ausfuhr des Obstes aus dem Lande Baden verboten werden. Dies ist, wie schon oben gesagt, rechtlich gesehen unzulässig. Es müßte auch merkwürdig an, in einem Zeitpunkt, in dem gerade die Verbraucher immer lauter den Ruf nach allgemeiner Aufhebung der Zwangsbeschränkung erheben, wieder von der Notwendigkeit einer Zwangsbeschränkung für Obst zu sprechen.

Es besteht sonach keine Möglichkeit, in Erfolg versprechender Weise seitens der Regierung die Entwicklung der Obst-, insbesondere der Obstpreise, zu beeinflussen. Eine Hilfe kann nur seitens der Verbraucher selbst erfolgen, indem sie sich an dem ungesunden Verhalten nach Waren nicht beteiligen und gegenüber Preisen, die sie als gerechtfertigt nicht anerkennen, ihre Stellung in wirksamer Weise dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie den Kauf der Ware unterlassen.

Die pflanzlichen Eisenbahner wollen die Obsttransporte vereinfachen.

Dem Vernehmen nach beabsichtigt das pflanzliche Verkehrsministerium, bis zur Festlegung angemessener Preise die Annahme und die Beförderung des Frischobstes (Äpfeln, Johannisbeeren usw.) künstlich abzugeben. Es betrachtet sich zu dieser Maßnahme insofern für berechtigt, als es gilt, weite Verkehrsgebiete vom ruhrerischen Anbau zu schützen. In Würzburg wurde auf diese Weise ein Preis von 80 Pfg. für ein Pfund Äpfeln festgesetzt. Auch bei der Festlegung der Preise für die übrigen Obstsorten wird dort das Verkehrsministerium ausschlaggebend mitwirken. Das gesamte laufende Publikum dürfte in dieser Frage geschloßen hinter dem Verkehrsministerium stehen. — Diese Maßnahmen der Eisenbahner sind nach unserer Meinung wirkungslos, als Demonstration, bei denen es am Ende nur zu unliebsamen Ausrichtungen kommt und die in den meisten Fällen mit einem gerechtfertigten Mißtrauen enden.

Büchergeschichte gegen die Obstvertreuer.

Mit Rücksicht auf die hohen Preise für Obst erlährt der Oberbürgermeister und die Staatsanwaltschaft aber nicht in Karlsruhe, sondern in Göttingen einen Aufruf, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Erzeuger und Händler, die die hohen Preise verlangen, sich der Preissteigerung schuldig machen. Außerdem seien sie sich aber der Gefahr sonstiger Festnahme und Verurteilung vor das Büchergeschicht. In der Warnung heißt es, daß sich weiter Volkswirtschaften ein Entrüstungssturm bemächtigt habe über die ungeheuren Preise, zumal da gerade in diesem Jahre die Obsterte außerordentlich gut ausgefallen ist.

Eine absichtliche Unterschlagung der „Bad. Landeszeitung“.

In eine hohe Verlegenheit ist die „Badische Landeszeitung“, das karlsruher Organ der Industriemagnaten und Selbstverleger durch die redaktionelle Notiz vom Hausfrauen-

bund mit der Aufforderung zum Käuferstreik gekommen. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit schreibt die Zeitschrift in der Hirschstraße nach Aufhebung der Zwangsbeschränkung und da geht es natürlich nicht an, ohne sich in die eigenen Netze zu setzen, wahrheitsgemäß über die Schäden der freien Wirtschaft von den freigegebenen Waren zu berichten und deshalb unterschlägt das Blatt in der Notiz des Hausfrauenbundes die folgenden Sätze:

Wie steht es mit dem Versprechen, das die Händler gaben? „Sowie die Zwangsbeschränkung aufhört, ist der Handel instand, wieder normale Preise herzustellen!“ — Das gerade Gegenteil ist aber in Wirklichkeit eingetreten, denn die Obstpreise sind geradezu ungeheuerlich!

Es muß mit der ökonomischen Weisheit der „Landeszeitung“ doch schlecht stehen, wenn sie, um sich nicht blamieren zu müssen, zu Unterschlagungen obiger Art greifen muß. Unser herzlichstes Beileid!

Sozialdemokratische Partei Karlsruhe. Für den Wahlkampf sind noch ein: G. A. Stern 10 M., Fr. Häring, Herren 10 M., Gen. E. 10 M., Gen. S. 2. 5 M., Gen. Heinrich Jakob 50 M., Gen. E. G. 30 M., Gen. Weller 5 M., Zil. aus V. 3 M., Lungenamt durch Gen. Kitzsch 10 M., Gen. A. R. 300 M., mit dem letzter quittierten zusammen 6646 M. Allen Spendern besten Dank.
Germ. Lang, Kassier, Kaiserstr. 46.

Arrechnung der Naturalbezüge beim Steuerabzug vom 1. August ab. Nach § 45 des Einkommensteuergesetzes hat der Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung 10 Prozent des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten. Als Arbeitslohn gelten nach § 9 des Gesetzes außer dem Verlohn auch Natural- und sonstige Sachbezüge. Der Wert dieser Bezüge ist gemäß § 37 des Gesetzes nach den örtlichen Mittelpreisen anzusetzen. Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung erfordert es, daß zunächst nur für die Bewertung der Natural- und sonstigen Sachbezüge einheitliche Grundätze aufgestellt werden. Der Reichsfinanzminister hat sich daher zu der Anordnung entschlossen, daß bei dem Steuerabzug beim Arbeitslohn, der bekanntlich am 25. Juni in Kraft tritt, die Natural- und sonstigen Sachbezüge nicht mit in Anrechnung kommen sollen. Die Anrechnung dieser Bezüge soll vielmehr erst vom 1. August und zwar mit Wirkung von diesem Tage ab in Kraft treten. Wo also der Gesamtlohn eines Arbeiters gleichzeitig aus Verlohn und Naturalbezügen besteht, wird der Abzug bis zum 1. August lediglich vom Verlohn und erst von diesem Tage an vom Naturallohn vorgenommen werden.

Tagung der Militärärzte. Der Landesverband Baden des Bundes deutscher Militärärzte hält am 25. Juni in Karlsruhe seinen Bundeskongress ab, der heute seinen Anfang nahm. Die Tagung ist aus allen Teilen des Landes sehr stark besucht; auch die staatlichen und städtischen Behörden haben Vertretungen entsandt. In der heutigen Vormittagsitzung wurde der Jahresbericht vorgelegt und durchbesprochen. Nachmittags fanden Ausschreibungsarbeiten statt. Die Tagung wird drei Tage in Anspruch nehmen.

Preisausstellungen für Berufs- und Liebhaberphotographen. Der Verkehrsverein erläßt, wie aus der Anzeige in heutiger Nummer ersichtlich, ein Preisausstellen zur Gewinnung künstlerischer Ansichten (Photographien) von Karlsruhe und Umgebung für die Anschauung neuer Werkschriften. Jeweils sind insgesamt 1000 M. ausgesetzt. Aufnahmen sind bis 1. Oktober d. Js. an die Geschäftsstelle des Verkehrsvereins einzusenden. Dasselbst sind auch Abdrücke der näheren Bedingungen erhältlich.

Die Jugendbühne Karlsruhe veranstaltet, wie aus dem Interimsteil ersichtlich ist, zwei Nachmittags-Märchen- und Puppenspielführungen. Es sollte niemand die Spiele veräumen, besonders der Jugend der arbeitenden Bevölkerung kann der Besuch empfohlen werden. Die Spielleitung führt „Onkel Adolf“.

Anfall mit Todesfolge. Der 22 Jahre alte Student der technischen Hochschule Adolf Jutz aus Langenfeld machte heute früh zwischen 5 und 6 Uhr mit einem Kollegen im Rhein bei der Insel Kappenberg eine Kahnfahrt, wobei der Kahn umkippte und die Insassen ins Wasser fielen. Während der eine Student sich durch Schwimmen retten konnte, ist Jutz ertrunken. Die mit grauer Kleidung, mit Lederbesatz, Windsack, Helm, Holzschalen, Hornbrille beladene Leiche konnte noch nicht gefunden werden.

Diebstähle. In einem Hause der Seminarstraße wurde am 17. Juni aus einer Wohnung ein malgoldsener Schlangentisch mit einem Brillanten und einem Rubin, ein Paar Perlohringe sowie ein brauner Lederhandschuh im Werte von 2400 M. von einem unbekanntem etwa 22 Jahre alten Mann entwendet. — In der Zeit vom 13. bis 17. Juni drangen bis jetzt unbekannt Täter in einen Laden in der Fähringerstraße mittelst Nachschlüssel ein und entwendeten Zigareten, Zigaretten, Ansichtskarten, Vorhänge, Garderobegegenstände, sowie zwei Kofferanhänger von je 1000 M. Nr. 16 230 957/28 im Werte von 4300 M.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landestheater.

„Der Ring des Nibelungen.“

Unter Alfred Lorenz kam in der letzten Woche eine bemerkenswerte Gesamtauführung des Nibelungenrings zu stande. Zunächst gehört die Leistung des Orchesters entsprechend gewürdigt. Von dem strahlend schönen Spiel im „Rheingold“ bis zu der letzten musikalischen Erklärung der „Götterdämmerung“ gab die prächtig geübte und in so wunderbarer Geschlossenheit musizierende Schar ein herrliches, aller Anforderungen des musikalischen Dramas entsprechendes Klangbild. Auch die Höhe des letzten Frühlingstages konnte sie bei der langen Dauer des Werkes nicht abhalten, das Beste dem Besten zu geben. Mit gar keinem Lob kann diese künstlerische Tat hoch genug gewürdigt werden. Wir wollen stolz sein, auf die Fähigkeiten dieses Konzerts und ihm für den ersten und reichen Genuß von Szenen danken.

Die Aufführung war durch das Gostspiel von Marie Lorencz-Göllischer besonders angelehnt geworden. Das war eine Bühnenprobe wie eine Bühnenprobe sein muß. Was zunächst die gesanglichen Fähigkeiten der bedeutenden Künstlerin angeht, so ist doch das überwältigend reiche Material nicht hoch genug zu werten, das die Sängerin jeder, auch noch so hohen Aufgabe mehr denn ausreichend gerecht werden läßt. Und dennoch muß sie Maß zu halten, zu individualisieren und ihren reichen technischen Energien entsprechend künstlerische entgegenzustellen, wie ihre Bühnenprobe in der „Götterdämmerung“ bewies. Es war erstaunlich, wie sie hier das Fremde zu treffen mußte, ganz nach der thematischen Ausdeutung, die Wagner hier in so besonders inneweise gegeben hat. Daß die Sängerin durchsichtig bis zum Grunde des Herzens, ist gar keine Frage. Freisch und scheinbar strahlte ihre Stimme wie bei dem wunderbaren, unergreiflichen, von dem sonnigen C-dur umrauschten Erwachen Wälundens im dritten Akt des „Siegfried“. Was besonders für diese Künstlerin einnimmt, ist ihr Spiel, das aus einer gewissen undefinierbaren Lustigkeit herausgehoben, den Absichten des Musikdramatikers außerordentlich nahe kommt. Es mag wohl viel verstandesmäßige Arbeit dabei sein, aber über dem ganzen liegt so eine Art Verknüpfung von Ton und Bewegung, die sich aus keiner gedanklichen Erwägung heraus gewinnen, die eben da ist oder nicht da ist und in so hohem Maß

der Wertverwertung Wagnerischer Gestaltung dienen kann, wie das hier in so künstlerischer Weise zum Ausdruck kam. Wie sie die Schilderung unter Wahrung aller Einzelheiten hinüber in die göttliche Luft der Wagnerischen rüderträumten Wirklichkeitswelt, gehört zu den Unbegreiflichkeiten eines jeden auch nur in geringem Maße begreifungsfähigen Theaterbesuchers.

Der Siegfried von Josef Schöffel zeigte in der „Götterdämmerung“ eine auf großem Fuße sich aufbauende Gestaltung, die die Trauer der letzten Augenblicke Siegfrieds sehr ergreifend zum Ausdruck brachte. In dieser Weise möge der ganze Nibelungenring ausfallen, die er gelanglich hier viel besser als im „Siegfried“ wirklich beherrscht. Woher liegt es eigentlich, daß die allereerste Verkörperung des Jung-Siegfrieds die beste des Künstlers war? Im letzten Witzwoch kam einem das wieder in den Sinn angesichts so mancher schönen und tief angelegten Momente, die der Sänger hier hatte und die die weitestgehenden Möglichkeiten seiner Stimme wieder deutlich herausstellten, so deutlich, daß man deren Verwirklichung freudig entgegenzehrte. Sein Singsang war diesmal sehr schön und ausdrucksreich. Der groß angelegte Roman Marg Bäckers war von seinen drei Abenden wieder eine echte Wagnerfigur, groß in der Linienführung, reich in musikalischen und darstellerischen Ausdruck, eine Gestalt eben, die sich dem Hörer immer wieder in einer so wohlthuenden Vertrautheit nach und die die tiefe Liebe, mit der gerade sie Wagner geschaffen hat, einem so recht zum Bewußtsein bringt.

Die übrigen Einzeldarsteller leisteten das denkbar Beste; der leidige Barockmangel zwingt uns, eine auch nur einigermaßen entsprechende Würdigung zurückzustellen. Sie würde der durchweg vorzüglichen Aufführung zu lieb um so freudiger gegeben werden, wenn die Not der Umstände einen nicht die jeder Art der Hand nähme. Eines Künstlers aber sei noch gedacht: Carl Seydel, der sich mit seinem Nimm im Siegfried vom höchsten Publikum derabgeliebt. Es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn wir in Seydel den derzeitigen zweifellos besten Vertreter dieser Rolle in Deutschland erblicken. Er wird jetzt München damit in Entzücken versetzen; beweisenswerte Mithing! Eine kleine künstlerische Verhinderung liegt zwar diesmal den ersten Akt nicht ganz wie gewöhnlich heranzutreten, aber trotzdem gab er einen Akt, ein Erdbeben, wie es drastischer und charakteristischer nie in einer Darstellung gegeben sein konnte. Wie hier alles den Zwecken der Zwergfigur dienlich gemacht wird: die prächtige Stimme, das Spiel der Augen, der Hände ... das alles erzeugt stets aufs neue ungeteilte Bewunderung und liegt

das mit stürmischen und anhaltenden Abschiedsgrüßen der vielen Freunde und Verehrer Abschiednehmen dieses beliebten Künstlers besonders schwer werden. Der Dank und das Gedenken der Karlsruher wird ihm stets gewiß sein und ihn des öfteren seinen Weg hierher nehmen lassen.

Kurz sei noch der prächtig beschwingten Leistung von Alfred Lorenz gedacht, der eine thematische Durchführung allererster Art sicherte und mit ständlicher Liebe dem Ganzen den Geist des Meisters Wagner vermittelte, wofür auch ihm der gebührende Dank, wie allen Mitwirkenden wurde.

Naturhauspiel Oetigheim. Schillers „Tell“ ist und bleibt das Jungtück der Oetigheimer Naturbühne. Das hat wiederum der Besuch der Vorstellung am Sonntag bewiesen. Die große Halle war bis auf den letzten Platz besetzt mit einem Publikum, das mit Begeisterung der Handlung folgte. Die Inszenierung hatte wiederum der Ortsgeistliche, Pfarrer Seier in laum zu überlieferender Weise besorgt und dabei die Bühnenbilder zum großen Teil neu gestaltet. Wie immer so wirkten auch am Sonntag die Massenjungen, die Keigen und die Chöre unergreiflich schön. Um den Besuch an den Sonntagen einigermaßen zu entlasten, wird auch am Peter- und Paulstag gespielt werden.

Einen Vortragsabend „Neue Dichtung“ veranstaltete am letzten Donnerstagabend eine sehr sympathische Künstlerin, Martha Heland, deren Auswahl aus dem modernen nicht gerade quantitativ armen lyrischen Dichtungsreichtum auf ein feines Verständnis schließen ließ, wenn es, auch nicht immer ganz zu Gunsten ihrer äußerst feinen Vortragskunst geschah. Ein überaus feinbelegtes Instrument kommt hier zum Vorkommen, King gleichsam mit dem manchmal gar feinen Tonen der neuen Kunst, da besonders, wo sie, wie bei Franz Werfel aus der Leiter eines wirklichen Dichters kommen. Es war ein gar erlebter Abend, den die junge Künstlerin mit ihren Vorträgen bot und man konnte an der feinen Diskretion dieser tiefgründigen Vorträgen seine Freude haben, auch wenn man zu den dargebotenen Dichtungen nicht nur aus literarischen Gründen kein wirkliches inneres Verhältnis gewinnen kann. Es wäre zu begrüßen, wenn die Künstlerin einen weiteren Abend deraufstellte, dabei aber auch für die äußere Umrahmung derselben entsprechende Sorge tragen würde, um den intimen Charakter solcher Darbietungen noch deutlicher aus dem Vortragslicht treten zu lassen.

Ferienkinder.

Eltern und Kinder hatten sich am Mittwoch vormittag auf dem Bahnhof versammelt. 325 hiesige Kinder, zu denen sich noch 575 aus Mannheim gesellten, waren dazu ausersehen, mit dem ersten Transport zur Erholung auf den Heuberg zu fahren.

Das war ein Leben und Lachen auf dem Hauptbahnhof. Die Gruppenführerinnen begannen sofort ihre nicht leichte Arbeit in Angriff zu nehmen. Die Führung selbst liegt in den Händen von Herrn Rektor Stehlin unter Assistenz von Schwestern vom Pädagogischen Frauenverein und einer Anzahl Pflegerinnen.

Ein Pfiff, fauchend setzte sich der Zug in Bewegung. An den Fenstern aber standen sie dicht gedrängt, die blonden und braunen Köpfe. Mit den Händen und Taschentüchern winkten sie, bis von den Schwebenden nichts mehr zu sehen war.

Kirchenauswahlgewahlen.

Und wird geschrieben: Die protestantischen Wähler, welche erfüllt gewillt sind, die alte reaktionäre Staatskirche zu reformieren und ein demokratisches System auch in die Kirche einzubringen, werden ersucht, sich für das Programm des Volkskirchenbundes zu interessieren.

Die Kirchenauswahlgewahlen sind bei folgenden Vertrauensleuten des Volkskirchenbundes zu haben: Rühlburg: Geriet Marx, Pastor, 48, Weststadt; Wiltner N., Poststraße 20; Mittel, 11; Oststadt: Kottweiler, Kapellenstraße 36, 3; Südstadt: Funt, Müppelstraße 24; Oststadt: Kling, Georg-Friedrichstraße 17.

Nimmt auch Einsicht in die Wählerlisten und führt darüber Guter Wahlrecht. Die Listen sind aufgelegt Friedrichsplatz 15 vom 21. Juni bis 10. Juli von 8-1 und 2-5 Uhr im Konfirmandensaal.

Johannisfeier im Stadtgarten.

Einen ungeheurer starken Besuch, einen Massenandrang, wie ihn der Stadtgarten noch nie zu verzeichnen hatte, hatte die vorgezogene Johannisfeier im Stadtgarten aufzuweisen. Die erste Johannisfeier seit Ausbruch des Krieges. Der Stadtgarten vermochte die Teilnehmer kaum zu fassen. Die uns mitgeteilt wird, wurden ca. 30 000 Einflachter gelöst. Dazu kamen noch die nach vielen Tausenden zählenden Zuschauer, Alt und Jung, die am äußeren Stadtgarten saßen, an der Tiergartenstraße, im Sallenwäldchen, Heertheimer Allee, Bahnhofsstraße usw. sich postierten.

Die Stadtgartenkommission hatte mit einem vielseitigen Programm aufwarten. Die musikalischen Darbietungen wurden zur vollen Zufriedenheit vom Musikverein (Gewerkschaftschorleiter), sowie von der Harmonie bestritten. Außerdem fand die von der Mandolinengesellschaft vorgeführte trefflich wiedergegebene Serenade überaus gute Aufnahme. Inzwischen fuhren Boote mit Lampen auf dem See umher, die ein prächtiges Bild darboten. Im Mittelpunkt des Abends stand das großartige brillante Feuerwerk, das in bewährter Weise von Herrn Feuerwerkstechniker Fischer aus Gleebron geleitet und dessen Beginn durch drei Kanonenschüsse angezeigt wurde.

Was kann man vom Wohnungsamt verlangen? Ein Leser unseres Blattes äußert sich dazu wie folgt: Nicht verlangen kann man, daß das Wohnungsamt jedem Wohnungsuchenden eine Wohnung zuweist. Ein Bewerber aber, dessen Antrag vom Bürgermeisteramt — der vorgelegten Dienststelle des Wohnungsamts — als dringend anerkannt ist darf doch wohl eine Mitteilung verlangen, ob und eventuell wann er auf Zuweisung einer Wohnung rechnen kann.

Der Verein Karlsruher Presse (Journalisten- und Schriftsteller-Verein) hielt am Montagabend im Konfirmandensaal des Moninger eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sich eines sehr starken Besuches zu erfreuen hatte.

der nach 25jähriger erproblicher Tätigkeit in der badischen Landeshaushaltsverwaltung wieder in seine Heimatstadt Barmen zurückkehrte. Nach längeren Beratungen, bei denen dem bisherigen Vorsitzenden von allen Seiten Dank und Anerkennung ausgesprochen worden war für die dem Verein und dem Stande geleisteten großen Dienste, wurde der frühere Chefredakteur des „Landesboten“, derzeitiger Generalsekretär der Demokratischen Partei, Herr Karl Dees mit überwiegender Mehrheit zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Der Verein in den Räumen des „Kühlen Krug“ ein Sommerfest, das die Mitglieder des Vereins in so großer Anzahl herbeizog, daß der Garten und der Saal vollbesetzt waren. Bei dem trefflich vorgetragenen Chören des Männerchors und des gemischten Chors (musikalischer Leiter Herr Gymnasial-Musiklehrer Bruder) und bei den Klängen des Harmonium-Orchesters unterhielten sich die Anwesenden auf Beste. Eine Musikkapelle der Turner am Barren (Leiter: Schreiner Ebn. Roth) zeigte hervorragende turnerische Leistungen — die Damen-Turnabteilung zeigte sich unter ihrem Turnwart Kaufmann Theo Keller mit sehr schwierigen Reulenübungen auf bemerkenswerter Höhe.

Die Karlsruher Nachrichten. Erzberger bleibt vorläufig Abgeordneter. Die der „Zeit. Sozialist.“ erzählt, sollte die Zentrumsfraktion gestern über das Verbleiben Erzbergers in der Fraktion entscheiden. Erzberger betonte in einer mehrstündigen Rede, daß der Selbstverzicht nicht entfallen sei, da er Revision eingeklagt habe.

Die Franzosen für die 3. Internationale. Paris, 24. Juni. Louis „Reit Parisien“ meldet ein Moskauer Funkgramm, daß der Sowjetauschuss der kommunistischen Internationale gegenwärtig mit den Vertretern der französischen Sozialistenpartei Cadix und Krollard über die Bedingungen des Eintritts in die kommunistische Internationale verhandelt.

Russisch-Polnischer Krieg. Warschau, 24. Juni. Nach einem Warschauer Telegramm befragt der polnische Generalstabbericht u. a.: An der Nordfront machten wir weitere Fortschritte. Durch vollständige Ausfälle über die Westfront nach Osten sprengen wir drei bolschewistische Verbände auseinander.

Briefkasten der Redaktion. Anna, Ja, er ist zum Unterhalt verpflichtet. E. Dagsfeld. Ihre Anfrage ist leider zu unklar, um richtig beantwortet werden zu können.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe-Mühlburg. (Gemischter Chor Bruderbund.) Samstag, 26. Juni, abends 7 Uhr, Treffpunkt der Sängerrinnen und Sängern an der Haltestelle Durlacher Bahnhof, zwecks Mitwirkung beim Festbankett in Aue. — Sonntag, 27. Juni, gemeinsame Beteiligung aller Mitglieder beim Stiftungsfest und Festzug in Aue. Treffpunkt mittags 1 Uhr im Lokal „Württembergischer Hof“, Abfahrt 12 Uhr nach Durlach-Aue. Vollständige Beteiligung erwünscht. 4205

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft. Abt. Df. und Südabt.) Am Sonntag den 27. Juni, mittags 1 Uhr, Abmarsch am Durlacher Tor zum Stiftungsfest in Aue. Abt. Weststadt und Mühlburg mittags 12 Uhr Abmarsch vom „Kühlen Krug“ zum Stiftungsfest nach Forchheim. Der Turnrat. 4204

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag den 27. ds. Mts.: Jugendwanderung. Abmarsch 10 Uhr am „Tivol“, Wassergesäße mitnehmen. Nächste Monatsversammlung am 2. Juli im Schrempf Saal 8. 4203

Durlach. (Soz. Partei.) Morgen Samstag abend 8 Uhr findet in der „Krone“ Mitgliedereversammlung statt. Vollständige Erscheinung wird erwartet. Der Vorstand. 4210

Durlach. (Sängerbund Vorwärts.) Morgen Samstag abend 8 Uhr findet im Lokal zum „Ramin“ unsere halbjährliche Generalversammlung statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen dringend notwendig. Der Vorstand. 4209

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Volkhard Fritz Helmut, Vater Dr. Max Steibel, Rechtsanwaltskandidat, Roland Günther Karl Emil, Vater Karl Dipp, Kaufm., Karl, Vater Jakob Schwarz, Schreiner, Kurt, Vater Jakob Braun, Sicherheitspolizei-Beamter, Judith Anna Elisabeth, Vater Willi Glagow, Müller, Alfred, Vater Alfred Gerstner, Schlosser, Emil, Vater Emil Blankenhorn, Kaufm., Gerbert Willi, Vater Wilhelm Hils, Tiefbauarbeiter, Lena Maria, Vater Martin Kränze, Heizer, Kurt Eugen, Vater Gust. Lamprecht, Sicherheitspolizei-Beamter, Maria Elisabeth Hedwig, Vater Emil Kreiner, Kaufmann.

Gehausgebote. Johann Janion von Weingarten, Augemeister hier, mit Karoline Nijning von Bengelen, Augustus Daudenbittel von Elm, Gemüschhändler hier, mit Maria Winkler Witwe von Fre Saint Gertrud. Erich Wolke von Hannover, Graveur hier, mit Anna Siegfried von Leuthen. Erwin Drinneberg von hier, Glasmalek hier, mit Elisabeth Hoffmann von Heidelberg, Arthur Grabner von Darmstadt, Kaufmann in Frankfurt, mit Anna Hed von Mannheim. Jakob Bähr von hier, mit Lydia Linde von hier. Karl Fiedler von hier, Dachdecker hier, mit Nina Feitler von hier. Franz Appel von hier, Schlosser hier, mit Frieda Schwarz von hier. Carl Klotter von Freiheit, Monteur hier, mit Frieda Heimgann von Peterszell.

Choleraerkrankungen. Hermann Schmittknecht von Kastatt, Dipl.-Ing. hier, mit Maria Lohse, geb. Schmidt von Bremen. Walter Frank von Ruitzhan, Dr. phil., Gymnasial-Dozent hier in Frankfurt a. M., mit Gertrud Cornelsen von Dresden. Heinrich Höb von Remmigen, Fotograf hier, mit Johanna Ehrenbach von Schwaben. Hans Roth von München, Bildhauer in Forchheim, mit Luise Höbl von hier. Berthold Schmittmüller von hier, Dipl.-Ing. in Forchheim, mit Emilie Waidel von hier. Wilhelm Weider von hier. Finanz-Sekretär hier, mit Stephanie Haas von Mühlbach. Josef Müller von Mühlbach, Tagel. hier, mit Katharina Müller, geb. Wölcher von Mühlbach. Heinrich Stüple von hier, Malch. Arb. hier, mit Maria Räderer von hier. Karl Mehr von Durlach, Güterbesitzer alda, mit Emilie Hanspach von hier. Aug. Spinner von Oberkirch, Buchhändler in Biberach, mit Emma Wagner von Jolshaus-Blumberg. Viktor, gen. Reine Wagner von Saaralben, Ing. in Mühlbach, mit Maria Heilmann von hier. Alfred Blaser von hier, Finanzamtmann hier, mit Fabella Drabe von Saint-Gilles-Ver-Brugues. Wilhelm Nichtenfels von hier, Verw. Beamter hier, mit Anna Hed von hier.

Todesfälle. Vertha Böck, alt 67 Jahre, Witwe von Rudolf Böck, Hofopernsänger. Albert Lüttke, Kaufm., Gemann, alt 55 Jahre. Sofie, alt 16 Jahre, Vater Joh. Andehle, Schaffner. Emma Frank, alt 76 Jahre, Witwe von Prof. Dr. Albert Frank, Geh. Reg.-Rat. Charlotte, alt 11 Jahre, Vater Wilhelm Ulmer, Kaufm. Wademan, alt 5 Tage, Vater Fred. Kammerer, Kaufmann. Marita, alt 14 Jahre, Vater Gg. Kühn, Maler. Erwin, alt 11 Tage, Vater Jul. Marggranber, Weichenwärter.

Sie Deint Grews-Spende für die Volksabstimmung dem Deutschen Schuhbund Annahmestelle: Volksfreund, Luisenstr. 24.

Ad. Hepting, Dentist Karl-Friedrichstraße 19/11, am Rondellplatz. Sprechstunden für Zahnkranke von 9-12 und 2-6 Uhr.

Behandlung zum Kapitalertragssteuergesetz. Das Kapitalertragssteuergesetz verpflichtet die Schuldner bei Zahlung ihrer Schuldscheine 10 vom Hundert der Zinsen einzubehalten und an das für sie zuständige Finanzamt oder Hauptsteueramt abzuführen. Dies gilt schon für alle Zinsen, die am 31. März oder 1. April 1920 fällig geworden sind, ebenso wie für die später fällig werdenden Zinsen.

Das der Gläubiger entgegen den gesetzlichen Vorschriften den vollen Betrag des geschuldeten Betrags ohne Abzug der Steuer erhalten, so ist er steuerlich ebenso verpflichtet, die Steuer zu entrichten und zwar an das für ihn zuständige Finanzamt oder Hauptsteueramt innerhalb eines Monats nach Erhalt der Zahlung. Für Schuldscheine, die vor dem 31. März 1920 gezahlt sind, muß die Steuer ebenfalls entrichtet werden, wenn die Zinsen erst am 31. März oder später fällig geworden sind.

- 1. Bei Kindern: 1. gering genährten Kindern einschl. gering genährten Fresser (Klasse C) 240 M. 2. fleischigen Kindern (Klasse B) 340 M. 3. vollfleischigen Kindern (Klasse A) 380 M. 4. ausgemästeten od. vollfleischigen Kindern höchsten Schlachtwerts (Klasse I) 420 M.

- 2. Bei Rälbern: 1. Schlachträlbern im Alter unt. 3 Mon. 450 M. 3. Bei Vertragsschweinen: 1. Schlachtschweinen (ausgenommen Vertragsschaf) 350 M. 4. Bei Schafen: 1. minderwertigen und abgemagerten Schafen (Klasse IV) 240 M. 2. mageren u. gering genährten Schafen sowie Zuchtschafen (Klasse III) 300 M. 3. vollfleischigen und fetten Wollschafen, sowie fleischigen Lämmern und Jahrlingen (Klasse II) 350 M. 4. vollfleischigen Lämmern und Jahrlingen Hammeln und ungelammten Schafen (Klasse I) 400 M.

Letzter Einkochvortrag von Frau Raug Samstag Abend 1/2 8 Uhr

Im großen Saal des gemischten Instituts der technischen Hochschule, Eingang Kaiserstraße durch den Hof.

Vorbehaltene Plätze zu 1 und 2 Mark inkl. Steuer bei Frau Müller, Musikalienhandlung, Kaiserstraße und am Saaleingang zu haben.

Am Samstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, im Colosseum, Saal 3 (auf Anregung von Mitgliedern der Kretzler-Kammer, Anwaltskammer, des Groß- und Kleinhandels, verschiedener Handwerker, Industrieller, Gastwirte und sonstiger Fernsprecher) öffentliche Protest-Versammlung gegen die unerhörte Verteuerung der Fernsprechgelder. Alle Fernsprechernehmer und die Besitzer der Häuser auf denen Fernspreckgebäude angebaut sind, werden gebeten, dieser Protest-Versammlung anzuwohnen. 4188 Erscheint in Massen! Einigkeit macht Kraft!

Achtung! Achtung!
Handelshilfsarbeiter!
Samstag, den 26. Juni findet abends 7/8 Uhr in der „Kronenhalle“, Kronenstr. 3, eine wichtige

Versammlung
für alle im Groß- und Kleinhandel beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mit folgender Tagesordnung statt:

1. Stellungnahme zu dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses die Entlohnung der im Kleinhandel beschäftigten Arbeiter betr.
 2. Stellungnahme zu dem neuen Tarif-Vertrag.
- Hierzu laden wir alle im Groß- und Kleinhandel beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ein. Niemand darf fehlen! Wir bitten um mündliche Weiterverbreitung der Einladung. Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang vorzuzeigen. 4198
- Die Ortsverwaltung: J. A. Fildner.

Achtung! Achtung!
Fuhrleute, Speditionsarbeiter
Mittwoch, den 30. Juni findet abends 8 Uhr in der „Kronenhalle“, Kronenstr. 3, eine wichtige

Versammlung
für alle in Karlsruhe beschäftigten Fuhrleute, Kutscher und Speditionsarbeiter mit folgender Tagesordnung statt:

1. Stellungnahme zu den Verhandlungen mit den Arbeitgebern über Gewährung einer Feuerungszulage. 4199
 2. Verbandsangelegenheiten.
- Kollegen! Es ist nötig, daß diese Versammlung vollständig besucht wird. Niemand darf fehlen! Mitgliedsbuch ist am Eingang vorzuzeigen.
- Die Ortsverwaltung: J. A. Fildner.

Preisanschreiben.
Zur Erlangung künstlerischer Lichtbilder (Photographien) von Karlsruhe und Umgebung für Werbeschriften erläßt der Verlegerverein Karlsruhe (E. B.) hierdurch ein Preisanschreiben. Zugelassen zu dem Wettbewerb sind Berufs- und Liebhaberphotographen. Abdrücke der näheren Bedingungen werden in unserer öffentlichen Auskunftsstelle, Bahnhofplatz 6, gegen Erstattung der Selbstkosten abgegeben.

Zeitpunkt für die Einreichung der Aufnahmen: 1. Oktober 1920. Wir laden zur Teilnahme an diesem Wettbewerb ein.
Karlsruhe, den 24. Juni 1920. 4200

Berkehrsverein (E. B.)
Der geschäftsführende Vorstand.

Turnverein Aue b. Durlach
Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sängerbundes

Einladung zum 25. Stiftungsfest
des Turnvereins und 20jährigen Bestehen der Sänger-Abteilung
am Samstag, den 26. Sonntag, den 27. und Montag, den 28. Juni 1920.

Fest-Programm
Samstag, den 26. Juni, abends 7 Uhr: Bankett im Gasthaus zum Stern.
Sonntag, den 27. Juni: 7 Uhr morgens: Weckruf. 8 Uhr: Turn- u. Rasenspiele. 11 Uhr: Frühschoppen-Konzert auf dem Festplatz. 2 Uhr nachmittags: Festzug. Anschließend Festrede des Turn- und Sangesgenossen Wuttke aus Leipzig. Hierauf Gesantchor aller beteiligten Gesangsvereine (Festgesang). 4 Uhr: Fortsetzung der Turn- und Rasenspiele. Gesang und Musikvorträge.
Montag, den 28. Juni, nachmittags: Volksheimstiftung.

Fest-Bankett
Mitwirkende: Herr Opernsänger Franz Schwerdt vom Landestheater in Karlsruhe, Gemischter Chor des „Bruderbund-Karlsruhe-Mühlburg, eine Abteilung des hiesigen Instrumental-Vereins, Damen-, Turner- u. Sängerbund des Turnvereins. Musikalische Leitung: Herr Chorleiter H. Fröhlich aus Durlach.

Kinder haben keinen Zutritt. 4093
Zu diesen Veranstaltungen laden wir Freunde und Gönner unserer Sache freundlichst ein. Der Vorstand.

Karlsruher Parkett- u. Fenster-Reinigungs-Institut
Reinigen von Parkettböden Fenstern u. Glasdächern
Adolf Kiefel, Rudolfstr. 25 III



Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Mitgliedschaft Karlsruhe.
In unserem am Sonntag, den 27. Juni 1920, stattfindenden

Tanz-Ausflug
nach Daxlanden, Gasthaus „Zum Adler“, laden wir hiermit unsere Mitglieder, Freunde und Gönner unseres Verbandes herzlich ein.
4184 Der Vorstand.

Freie Turnerschaft Ruffheim
Mitglied des Arb.-Turn- und Sportbundes
Sonntag, den 27. Juni 1920
feiert unser Verein sein

1. Stiftungs-Fest
Nachmittags 1/2 Uhr Aufstellung des Festzuges beim Gasthaus „Zur Krone“ und Abmarsch zum Festplatz bei der Sandgrube (große Halle).

Phorosan-Heilanstalt
für Haut- u. Geschlechtskrankheiten
Karlsruhe, Kaiserstrasse 91, 3. St.
Schmerzlose Behandlung der Gonorrhoe nach dem neuen Phorosan-Verfahren. Heilung — ohne Berufsübertragung — in kürzester Zeit möglich. Syphilisbehandlung, Blutuntersuchungen. Behandlung sämtlicher Hauterkrankungen.
Aerztliche Leitung Dr. med. v. Asten.
Getrennte Wartezimmer. 1906
Sprechstunden: Werktags 1/2 11—1/2 6, Dienstags keine Sprechstunde. Sonntags 10—1 Uhr.

Arbeiterinnen
die schon an Maschinen arbeiteten, stellt ein
Metallindustrie G. m. b. H.
Bühl (Baden). 4147

Zerriffene Strümpfe
aller Art werden hier neu hergerichtet. Preis pro Paar 1 Mk. Lieferzeit 2—3 Tage. 4079
Schützenstraße 4, durch den Hof.

VORTEILHAFT KAUFEN SIE
STÖCKE, SCHIRME UND PFEIFEN
BEIM FACHMANN
FRANZ DORNHEIM
DRECHSLERMEISTER, SCHÜTZENSTR. 38
ERSTKLASSIGE REPARATURWERKSTÄTTE

Aushilfen
zum Servieren für Sonntags gesucht. 972
Städt. Arbeitsamt
Abteilung f. das Hotel- u. Wirtsgewerbe
Zähringerstr. 98 Fernspr. 5270.

Karlsruher Fußball-Verein
a. V.
Schirmherr: Prinz Max v. Baden.
Geschäftsstelle: Zirkel 29, Tel. 1193.

Samstag, 26. Juni
II. Schülermannschaft (unter 14 Jahren) gegen Daxlanden 1/4 Uhr, K.F.V.-Platz.
5 Uhr:
Junioren-Versammlung (Ausgabe d. neuen Mitgliedskarten für 1920/21) K.F.V.-Platz.

Sonntag, 27. Juni
II. Mannschaft in Gaggenau
2. Mannschaft in Blankenloch
2. Mannschaft in Bruchhausen
1. Schülermannsch. (über 14 Jahre geg. Mühlburg in Mühlburg.
2. Schülermannsch. (üb. 14 Jahre) gegen Forchheim II K.F.V.-Platz.

Leichtathletik-Abt.-Vg.
Teilnahme an Sportsfest in Frankfurt u. an d. Erstlingskämpfen auf d. Phönixplatz. 4202

Voranzeige!
Samstag, 10. Juli 1/2 8 Uhr:
Jahres-Versammlung im Gartensaal Moninger

P. C. Frankonia Karlsruhe e.V.
Sportpl. Durlach, Allee
Straßenbahn-Haltestelle am Schlachthof. Lokal und Geschäftsstelle im Schlachthof. Telefon 3837.

Samstag, den 26. Juni 6 Uhr nachm.
auf unserem Platz
F.-V. Beiertheim
Ligamannschaft gegen
Frankonia I.
Sonntag nachmittags
Tanz-Ausflug
nach Grünweilersbach Gasthaus zum „Adler“.
Abmarsch 1 Uhr an der Lutherkirche.
Hierzu laden wir die Angehörigen unserer Mitglieder sowie Freunde und Gönner des Vereins herz. ein.
Der Vorstand.

Kaufe
getrag. Kleider, Schuhe, Weitzzeug, Möbel aller Art, zu realen Preisen.
A. Schap, 4005
67 Kaiserstraße 67, (Eingang Waldhornstr.)

Preisabschlag!
Durch Einkauf eines größeren Postens in Gummiwaren, gewähre ich auf meine sämtlichen
Gummi-Artikel
(Gummirollen, Gummiabfälle, rund und form, Gas-, Wasserschläuche usw.)
20% Rabatt
— Nur solange Vorrat reicht. —
Gummirollen werden innerhalb 12 Stunden aufgemacht. 4053a

Gummiwarenhaus
Werderplatz 34. Werderplatz 34
Wir suchen zum sofortigen Eintritt wirklich tüchtige, erfahrene
Werkzeugdreher
sowie 4207
Werkzeugmacher
für dauernde Beschäftigung. Angebote mit Zeugnisabschriften erbeten an
Progress-Werk Oberkirch A.-G.
in Stadelhofen, Baden (Post Neudorf)

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund“!

Dem Kaufmann Barzahlung Dem Käufer Sparmarken.
Der sparsame Käufer rechnet.

Meine Sprechstunden
sind jetzt wieder vormittags 10—12, nachmittags 2—4 Uhr.
Dr. med. Otto Schwidop
Arzt für Nasen-, Rachen-, Ohren-, Krankheiten u. Sprachstörungen
Kriegstr. 154 (zwischen Karlsruher u. Hirschstr.)
Fernsprecher 1888. 417

Weißer Käse.
Verkauf von weißem Käse Freitag, den 25. Juni, bis Montag, den 28. Juni 1920, in der Fettwarenhandlung Nr. 164 an die dort eingetragene Kaufschaft, gegen die Warenmarke K 140. Kopfmenge 1/4 Pfund. Preis RM. 4.50 für das Pfund. Karlsruhe, den 24. Juni 1920. 1781a
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Städt. Fischhalle
hinter dem Bierordtbad.
Ein weiterer Seefische
Waggon — Seefische
werden eingetroffen!

Verkauf am Freitag von 8—12 und 3—5 Uhr, am Samstag, solange Vorrat, von 8—12 Uhr.
Sorgfältige Qualität. Billige Preise.
Karlsruhe, den 24. Juni 1920. 1782
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Die Bauarbeiter-Genossenschaft „Selbsthilfe“
empfiehlt sich zur
Uebnahme und Ausführung von Bauarbeiten aller Art
Reparaturen, Umbauten etc. bei billigster Berechnung.
Büro: Wühlstr. 47 II. — Telefon 2300.

Email-Geschirre
werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 4000
Geschirre-Reparaturanstalt
Karlsruhe, Körnerstr. 38, im Hof. Telef. 1421

Schuh-Reparatur!
Schuhe werden umgehend mit Gummiplatten mittels patentierter Spezialmaschinen besohlt. Es wird nur Gummi von hervorragender Qualität verwendet, daher folgende Vorteile:
ebenso haltbar wie Leder
wasserdicht, leichter Gang.
Kein Ersatz.
Durchschnittspreis für Herrenstiefel 30.—
mit Abfüßen 27.—
Durchschnittspreis für Damenstiefel mit Abfüßen 27.—
Ausführung bei
Mailer, Georg-Friedrichstr. 12.

1 Waggon
Koch-Töpfe
(rein Aluminium) 4201
— enorm billig —
1 Posten
Aluminium-EBlöffel St. 1.95
Aluminium-EBgabel St. 1.95
Preise nur solange Vorrat
Aluminium-Spezialgeschäft
Gustav Nürnberger
Waldstraße 26 (neb. Residenzkino).

Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK